

**Anlage 4    Übersicht der Betroffenheiten je Schutzgebiet (LSG / NSG)**

NSG „Neuländer Moorwiesen“

LSG „Neuland“

NSG „Schweenssand“

NSG „Heuckenlock“

LSG „Hamburger Elbe“

LSG „Wilhelmsburger Elbinsel“

## Inhaltsverzeichnis

Beeinträchtigungen des NSG „Neuländer Moorwiesen“ .....	3
Beeinträchtigungen des LSG „Neuland“ .....	6
Beeinträchtigungen der Naturschutzgebiete „Schweenssand“ und „Heuckenlock“ (gleichzeitig FFH-Gebiet DE 2526-302 „Heuckenlock/Schweenssand“ .....	9
Beeinträchtigungen des LSG „Hamburger Elbe“ (im Planungsgebiet deckungsgleich mit dem FFH-Gebiet DE 2526-305 „Hamburger Unterelbe“) .....	13
Beeinträchtigungen des LSG „Wilhelmsburger Elbinsel“ .....	17
Anlagen – Auszüge aus den Schutzgebietsverordnungen .....	20

## Beeinträchtigungen des NSG „Neuländer Moorwiesen“

Der Schutzzweck des Naturschutzgebietes gemäß § 2 der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Neuländer Moorwiesen“ vom 1. August 2017 ist es, „die von einer Grünlandnutzung geprägte, weiträumige und offene Kulturlandschaft der Neuländer Moorwiesen mit ihrem engmaschigen Netz wertvoller Moorböden, Gräben und ihren feuchten und nassen Wiesen und Weiden mit Stillgewässern als Lebensstätten für die dort beheimateten seltenen und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten zu erhalten, zu entwickeln und wiederherzustellen; hierzu gehören insbesondere am Boden brütende Wiesenvögel wie Kiebitz, Rotschenkel und Bekassine, Amphibien wie Moorfrosch, Libellen wie Grüne Mosaikjungfer, Keilflecklibelle und Gefleckte Smaragdlibelle sowie Sumpfdotterblume, Laichkräuter und Wasserfeder.“

Das Baufeld (einschließlich der bauzeitlichen Inanspruchnahme) des Vorhabens liegt vollständig außerhalb des Naturschutzgebietes. Es sind daher vorhabenbedingt keine Beeinträchtigungen durch Flächeninanspruchnahmen oder Zerschneidung im NSG zu erwarten.

Die bau- und betriebsbedingten mittelbaren Beeinträchtigungen sind im LBP (Kapitel 4.3), Artenschutzbeitrag (Unterlage 19.2.1), im technischen Erläuterungsbericht (Unterlage 01, Kapitel 2.4.2 und 5.1.2) und im UVP-Bericht (Unterlage 19.5, Kapitel 2.3) dokumentiert. Im Prognoseplanfall verändern sich die Verkehrsbelastungen gegenüber dem Prognosenullfall nur geringfügig.

Zur Beurteilung der Verkehrsverhältnisse wurde eine Verkehrsuntersuchung aufgestellt (Unterlage 22). Das Modell basiert auf dem Analysefall 2017 und dem Verkehrsgutachten zum Neubau Hafenpassage A 26 (zwischen der A 7 und der A 1). Auf der A 1 werden in der VKE 7143 100.800 Kfz/24 h zwischen AK Maschen und AS HH-Harburg und 118.900 Kfz/24 h zwischen AS HH-Harburg - AS HH-Stillhorn ausgewiesen. Der Schwerverkehr (> 3,5 t) ist mit 17.300 bzw. 19.900 SV/24 h angegeben. Diese hohen Verkehrsbelastungen führen zu Überlastungen des bestehenden Querschnittes und belegen die Notwendigkeit eines Ausbaus der A 1. In der Prognose steigen die Verkehrsbelastungen weiter. Im **Prognosenullfall** 2030, der die zukünftig erwartete Verkehrsbelastung ohne bauliche Veränderungen beschreibt, werden 108.900 Kfz/24 h zwischen AK Maschen und AS HH-Harburg und 130.500 Kfz/24 h zwischen AS HH-Harburg - AS HH-Stillhorn ausgewiesen. Der Schwerverkehr (> 3,5 t) erhöht sich auf 18.500 bzw. 20.700 SV/24 h. Demnach wäre bereits für diesen Fall und ohne Berücksichtigung der A 26 im anschließenden Planungsabschnitt Mitte der A 1 (VKE 714.2) eine 8-streifige Erweiterung der A 1 erforderlich, um die gestiegenen Verkehrsbelastungen aufnehmen zu können. Gleichwohl wurde auch der Planfall mit einem Neubau der A 26 und Anschluss an die A 1 im Planungsabschnitt Mitte (Neues AD Süderelbe) verkehrlich untersucht bzw. berücksichtigt. Die

Verkehrsbelastungen im Planfall auf der A 1 ändern sich gegenüber dem Prognosenullfall nur geringfügig: Es werden 109.000 Kfz/24 h zwischen AK Maschen und AS HH-Harburg und 125.900 Kfz/24 h zwischen AS HH-Harburg – AD Süderelbe ausgewiesen. Der Schwerverkehr (> 3,5 t) ist mit 18.500 bzw. 20.100 SV/24 h angegeben. Die geringfügigen Veränderungen gegenüber dem Prognosenullfall ergeben sich durch die Netzveränderungen mit dem Neubau der A 26 Hafenpassage. Der Ausbau der A 1 ist daher unabhängig vom Bau der A 26 erforderlich (vgl. auch Kapitel 2.4.2 in Unterlage 1).

Die Erweiterung der Autobahn wurde aus schalltechnischer Sicht gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz in Verbindung mit der 16. BImSchV aufgrund der zusätzlichen Fahrstreifen als wesentliche Änderung eingestuft. Im Ergebnis der schalltechnischen Untersuchung sind aktive Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände und lärmindernde Straßendeckschichten) festgelegt, die zu einer deutlichen Minderung der betriebsbedingten Lärmbelastung führen. Die Überschreitungsbereiche der für Brutvögel relevanten, kritischen Schallpegel reichen im Ergebnis der anzuordnenden Schallschutzmaßnahmen im Planfall auch deutlich weniger weit in das NSG hinein als im Bestand (vgl. Unterlage 19.2.2 Artenschutzkarte Vögel).

Im Artenschutzbeitrag (Unterlage 19.2.1) ist dargelegt, dass bezüglich der prognostizierten baubedingten und betriebsbedingten Beeinträchtigungen unter Berücksichtigung der festgelegten Vermeidungs- und CEF-Maßnahmen keine Verbotstatbestände nach § 44 (1) BNatSchG für die vorkommenden artenschutzrechtlich relevanten Arten (Anhang IV-Arten der FFH-Richtlinie und europäische Vogelarten) eintreten. Gemäß Artenschutzbeitrag reichen die baubedingten Störungen durch Licht, Schall, Erschütterungen und optische Reize im vorbelasteten Raum für die vorkommenden störungsempfindlichen Vogelarten nicht über die betriebsbedingten Störungen hinaus. Eine zusätzliche Beeinträchtigung ist lediglich aus der Verbreiterung der Straße und der damit verbundenen Reichweite optischer Störreize abzuleiten, die um ca. 4 m weiter in das Gebiet hineinreichen als im Bestand. Diese sind im Artenschutzbeitrag berücksichtigt und werden durch CEF-Maßnahmen innerhalb des NSG vorgezogen ausgeglichen.

**Beeinträchtigungen des rd. 250 ha großen Naturschutzgebietes werden durch konstruktive Maßnahmen zum aktiven Lärmschutz und bauzeitliche Vermeidungsmaßnahmen fast vollständig vermieden. Lediglich optische Störreize durch die Verbreiterung der Autobahn reichen um ca. 4 m weiter in das Schutzgebiet hinein. Durch das Vorhaben wird damit das Verbot der Störung von wild lebenden Tieren (Verbot Nr. 2) gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung berührt. Die mit der Verbreiterung der Autobahn verbundenen Minderungen der Habitatsignung von Fortpflanzungsstätten von Wiesenbrütern durch optische**

**Störreize werden mittels der im Artenschutzbeitrag dargelegten CEF-Maßnahmen vorgezogen ausgeglichen. Eine Abweichung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung stellt sich damit als mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar dar.**

## **Maßnahmenplanung im NSG**

Innerhalb des Naturschutzgebietes „Neuländer Moorwiesen“ sind folgende CEF-Maßnahmen für Brutvögel festgelegt:

- Maßnahme 3.1 A<sub>CEF</sub> (6.014 m<sup>2</sup>): Anlage eines Flachgewässers mit Schlammufer (Zielarten: Bekassine, Rotschenkel)
- Maßnahme 3.4 A<sub>CEF</sub> (38.352 m<sup>2</sup>): Herstellung einer hochwertigen seggen-, binsen- und hochstaudenreichen Feuchtwiese (Zielarten: Bekassine, Feldlerche, Rotschenkel und Wiesenpieper). Es ist eine extensive und wiesenvogelfreundliche Bewirtschaftung gemäß Pflege- und Entwicklungsplan für das NSG „Neuländer Moorwiesen“ sowie eine Vernässung festgelegt.

Der Ausgangszustand ist auf den Maßnahmenflächen „sonstiges mesophiles Grünland“ (GMZ) und Seggen- und binsenarme Feucht- oder Nasswiese nährstoffreicher Standorte (GFR).

Außerdem sind folgende Ausgleichsmaßnahmen für Gewässerbiotope in Verbindung mit Grünlandextensivierung geplant:

- Maßnahme 4.7 A (77 m<sup>2</sup>): Aufweitung des Wettern und Rückbau der abgängigen Brückenkonstruktion
- Maßnahme 4.8 A (64.567 m<sup>2</sup>, davon 60.754 m<sup>2</sup> im NSG): Aufwertung von Gräben (1.147 m<sup>2</sup> im NSG), Errichtung eines Stauwehres und Grünlandextensivierung (59.607 m<sup>2</sup> im NSG)

Ausgangszustände auf den Maßnahmenflächen sind „Intensivgrünland“ (GIM), „sonstiges mesophiles Grünland“ (GMZ) und „stark verlandeter Graben“ (FGV).

**Die festgelegten Maßnahmen im NSG „Neuländer Moorwiesen“ führen zu einer Aufwertung der Bestandsflächen für Wiesenvögel und entsprechen daher dem Schutzzweck nach § 2 der Schutzgebietsverordnung. Die in § 5 der Schutzgebietsverordnung normierten Verbote stehen einer Umsetzung der beantragten vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen nicht entgegen.**

**Vorsorglich wird eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG für die oben beschriebene Abweichung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung beantragt.**

## **Beeinträchtigungen des LSG „Neuland“**

In der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuland vom 22. Oktober 1957 (zuletzt geändert durch Artikel 34 Nr. 8 der Verordnung vom 6. Oktober 2020) ist kein Schutzzweck festgelegt.

Hinsichtlich möglicher Beeinträchtigungen durch das Vorhaben sind folgende Inhalte der Schutzgebietsverordnung relevant:

Gemäß § 2 ist es im Landschaftsschutzgebiet u. a. verboten,

- die Ruhe der Natur oder den Naturgenuss durch Lärmen oder auf andere Weise zu stören;
- Abfälle, Müll, Schutt und Abraum aller Art abzulagern;
- wild wachsende Pflanzen oder Pflanzenteile (z. B. Schmuckreisig) zu entnehmen oder zu beschädigen
- frei lebende Tiere zu fangen oder zu töten, ihnen nachzustellen oder zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen;
- Nester, Eier, Larven oder Puppen, insbesondere von Waldameisen, fortzunehmen oder zu beschädigen.

Gemäß § 3 bedürfen Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet, die zu einer Schädigung der Natur, zu einer Beeinträchtigung des Naturgenusses oder zu einer Verunstaltung des Landschaftsbildes führen können und nicht nach § 2 verboten sind, der Genehmigung. U. a. ist die Genehmigung erforderlich:

- für die Errichtung neuer Bauten aller Art sowie für die Vornahme baulicher Veränderungen an den Außenseiten bestehender Baulichkeiten, auch soweit solche Bauten oder Veränderungen einer baupolizeilichen Genehmigung nicht bedürfen;
- für Grabungen, für die Entnahme oder das Einbringen von Bodenbestandteilen oder für sonstige Veränderungen der Bodengestalt;
- für das völlige oder teilweise Beseitigen von Hecken, Bäumen, Gehölzen oder Wäldern (Kahlschlag);

Die Genehmigung kann für solche Vorhaben versagt werden, die die Natur schädigen, den Naturgenuss beeinträchtigen oder das Landschaftsbild verunstalten. Gemäß § 6 können Ausnahmen von den Vorschriften des § 2 der Verordnung in besonderen Fällen zugelassen werden.

Das Landschaftsschutzgebiet umfasst auch den Straßenraum der bestehenden A 1 und angrenzende Flächen beidseits des Straßenraums. Das Vorhaben mit Erweiterung der vorhandenen Autobahn um zwei Fahrspuren führt daher

unvermeidlich zu bauzeitlichen und dauerhaften Flächeninanspruchnahmen des LSG. Die dauerhafte Neuinanspruchnahme nicht bereits voll- oder teilversiegelter Flächen beträgt rd. 0,48 ha im LSG (ca. 0,15 ha Voll- und Teilversiegelung, ca. 0,33 ha Überformung). Insgesamt liegen ca. 6,7 ha des Baufeldes (dauerhafte + temporäre Inanspruchnahme einschließlich bestehender Straßenraum der A 1) innerhalb des Landschaftsschutzgebietes, davon sind ca. 0,65 ha bereits im Bestand voll- oder teilversiegelt. Bei den übrigen Flächen handelt es sich überwiegend um Begleitgrün der bestehenden Autobahn und schmale Streifen angrenzender Gehölze (ZH, HE, HG, WP), Grünlandflächen (GIA, GF und GM), Wettern und Gräben (FLH, FGR) und halbruderaler Gras- und Staudenfluren (AKM, AKF). Hochwertige Biotope werden bauzeitlich und nur in sehr geringem Umfang angrenzend an die Süderelbbrücke in Anspruch genommen: Tideröhrich (NRT: 37 m<sup>2</sup>), Hochstaudensäume der Unterelbe (NUE: 56 m<sup>2</sup>) und vegetationsloses Flusswatt (FWO: 27 m<sup>2</sup>). Es ist davon auszugehen, dass diese, der natürlichen Dynamik durch das Tidegeschehen unterliegenden Biotope, sich kurzfristig wieder an gleicher Stelle entwickeln werden.

Auf den überformten, nicht versiegelten Flächen (Böschungen, Mulden, Regenrückhaltebecken und Nebenflächen) innerhalb des LSG erfolgt die landschaftsgerechte Gestaltung durch Begrünung (Ansaaten gemäß Maßnahmenblatt 2.1 G). Die bauzeitlich in Anspruch genommenen Flächen werden, auch hinsichtlich der Vegetationsbedeckung, auf den betroffenen Flächen im LSG wiederhergestellt (Maßnahme 1.12 V). Dies umfasst auch die Gehölzentwicklung auf Flächen, auf denen es bauzeitlich zu Gehölzverlusten kommt. Im LSG werden mehrere Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt (s. u.), die durch Gehölzpflanzungen, Stillgewässeranlage und Grünlandextensivierung zu naturschutzfachlichen und landschaftsbildlichen Aufwertungen führen.

Aufgrund der Vorbelastung durch die Bestandautobahn sind in Bezug auf das Landschaftsbild hauptsächlich die im Zuge der Baufeldfreimachung zu entfernenden Gehölze und die Anlage von Lärmschutzanlagen relevant. Gleichzeitig sorgen diese Anlagen für eine lärmtechnische Entlastung der Umgebung und erhöhen somit die Erholungsfunktion im LSG. Im großflächigen Bereich des Neuländer Sees ist das LSG im Bestand bereits durch eine mit Gehölzen bestockte Verwallung von der A 1 abgeschirmt, die im Planfall diese Funktion weiterhin vollständig erfüllt.

Aufgrund der hohen Vorbelastung durch die bestehende 6-spurige Autobahn sind keine für das LSG relevanten bauzeitlichen, mittelbaren Beeinträchtigungen durch Lärm und optische Störreize zu erwarten.

**Das Vorhaben führt zu unvermeidbaren bauzeitlichen und dauerhaften Inanspruchnahmen vorbelasteter Flächen des insgesamt ca. 265,69 ha großen LSG „Neuland“. Die dauerhafte Neuinanspruchnahme nicht bereits voll- oder teilversiegelter Flächen des LSG beträgt rd. 0,48 ha.**

## Maßnahmenplanung im LSG

Innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Neuland“ sind folgende Maßnahmen festgelegt:

- Maßnahme 3.3 A<sub>CEF</sub> (0,07 ha): Anlage eines Stillgewässers (Zielart Moorfrosch in Verbindung mit Maßnahme 3.6 A<sub>CEF</sub>) - Ausgangsbestand: Artenreiche Weide frischer bis mittlerer Standorte (GMW)
- Maßnahme 3.5 A (0,82 ha): Entwicklung von strukturreichen Gehölzbeständen - Ausgangsbestand: Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte mit z. T. Gehölzbestand (AKM)
- Maßnahme 3.6 A<sub>CEF</sub> (0,16 ha): Entwicklung von Extensivgrünland auf feuchten und nassen Standorten (Zielart Moorfrosch in Verbindung mit Maßnahme 3.3 A<sub>CEF</sub>) - Artenreiche Weide frischer bis mittlerer Standorte (GMW)
- Maßnahme 4.2 A (0,57 ha): Entwicklung einer artenreichen Feuchtwiese - Ausgangsbestand: Halbruderales Gras- und Staudenflur feuchter Standorte (AKF)
- Maßnahme 4.3 A (0,14 ha): Gehölzpflanzung - Ausgangsbestand: Halbruderales Gras- und Staudenflur feuchter Standorte (AKF) und Seggen- und binsenarme Feucht- oder Nasswiese nährstoffreicher Standorte (GFR)
- Maßnahme 4.5 A: Anbringen von Fledermaus- und Vogelkästen
- Maßnahme 4.6 A (0,42 ha): Anlage eines Feldgehölzes zum Ausgleich für § 14 – Biotop - Ausgangsbestand: Halbruderales Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte (AKM)

**Die den Verbote des § 2 der Schutzgebietsverordnung stehen den beantragten Maßnahmen nicht entgegen. Die Maßnahmen stellen eine naturschutzfachliche Aufwertung von Bestandsbiotopen dar. Die Maßnahmen liegen in einem schmalen Streifen des LSG, der östlich über die A 1 im Bestand hinausreicht. Insbesondere die Gehölzentwicklung durch die Maßnahmen 3.5 A, 4.3 A und 4.6 A führt mittelfristig zu einer Aufwertung des Landschaftsbildes durch Sichtverschattung der Autobahn und der geplanten Lärmschutzwand.**

**Vor diesem Hintergrund stellt sich die unvermeidbare Flächeninanspruchnahme des LSG als mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar dar.**

**Vor diesem Hintergrund wird eine Genehmigung für die vorhabenbedingten Eingriffe in das LSG beantragt. Sofern eine Genehmigung nicht erteilt werden kann, wird vorsorglich und ersatzweise eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG für die Abweichung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung durch die oben beschriebenen unvermeidbaren Inanspruchnahmen des LSG beantragt.**

## **Beeinträchtigungen der Naturschutzgebiete „Schweenssand“ und „Heuckenlock“ (gleichzeitig FFH-Gebiet DE 2526-302 „Heuckenlock/Schweenssand“)**

Die beiden Naturschutzgebiete Schweenssand (Südseite der Süderelbe) und Heuckenlock (Nordseite der Süderelbe) sind deckungsgleich mit dem FFH-Gebiet „Heuckenlock/Schweenssand“ (DE 2526-302), für das Unterlagen für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erstellt wurden (s. Unterlage 19.4.1). Die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes sind als Schutzzweck in die Schutzgebietsverordnungen integriert:

- Verordnung über das Naturschutzgebiet Schweenssand vom 31. August 1993, Fassung vom 16.08.2016
- Verordnung über das Naturschutzgebiet Heuckenlock vom 19. Juli 1977, Fassung vom 06.10.2020

Die Schutzgebiete umfassen elbtypische tidebeeinflusste Deichvorländer, die von Prielen und Buchten, Süßwasserwatten sowie von Auenwaldrelikten und großflächigen Röhrichten geprägt sind. Die hier vorzufindenden Naturräume spiegeln den naturnahen Verlandungsprozess der ursprünglichen Auenlandschaft wider und dienen insbesondere als Lebensraum für seltene Tier- und Pflanzenarten, die an die speziellen Lebensbedingungen von Auenlandschaften angepasst sind. Besondere Bedeutung trägt das Gebiet unter anderem für die Erhaltung der Populationen des Schierlings-Wasserfenchels, der eine endemische Art der Hamburger Elblandlandschaft darstellt und als „vom Aussterben bedroht“ gilt (s. Unterlage 19.4.1).

Die Baumaßnahmen liegen z.T. innerhalb der Schutzgebiete. Insbesondere zur Herstellung des Brückenbauwerks (Süderelbbrücke) werden bauzeitliche Eingriffe in diese erforderlich.

Da die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes auch den maßgeblichen Schutzzweck der beiden Naturschutzgebiete darstellen, werden die Aussagen der FFH-Verträglichkeitsprüfung für die Beurteilung, ob der Schutzzweck der NSGs nachteilig betroffen wird, herangezogen.

### **Ergebnisse der FFH-Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet „Heuckenlock/Schweenssand“**

Folgende baubedingte Wirkungen können nicht ausgeschlossen werden:

- Verlust / Veränderung von Vegetations- und Biotopstrukturen
- Veränderung des Bodens / mechanische Einwirkungen / Verdichtung im Bereich des Baufelds

- Akustische und optische Reize (Bewegungsunruhe) durch den Baubetrieb
- Licht / Baubedingte Barriere- oder Fallenwirkung / Mortalität
- Erschütterungen / Vibrationen
- Stoffliche Einträge (Schwebstoffeinträge, technische und chemische Fremdstoffe)
- Veränderung der hydrodynamischen Verhältnisse durch bauzeitliche Pfeiler und Abspundungen der Baufelder im Gewässer (Einengung des Fließquerschnitts)

Durch die Anlage von Baustraßen bzw. Bautechnologieflächen werden bauzeitlich ca. 3.396 m<sup>2</sup> des LRT 3270 (NRT) in Anspruch genommen. Bauzeitliche Inanspruchnahmen des prioritären LRT \*91E0 werden durch eine bautechnische Lösung vermieden, Wurzelschädigungen von randlich stockenden Erlen können aber nicht ausgeschlossen werden. Zum Schutz der reproduzierenden Anhang-II-Fischarten der FFH-RL (Finte und Rapfen) und wandernder Anhang-II-Arten (Fluss- und Meerneunaugen) erfolgt der Einsatz schonender Rammverfahren.

#### Anlagebedingte Beeinträchtigungen

Anlagebedingt beschränkt sich die Flächeninanspruchnahme auf den Pfeiler 50 (innerhalb des LRT 3270: ca. 20 m<sup>2</sup> + ca. 270 m<sup>2</sup> unterhalb der Geländesohle) sowie das verbreiterte Brückenbauwerk (zusätzliche Verschattung auf ca. 630 m<sup>2</sup>). Aufgrund der Dimensionierung ergeben sich keine zusätzlichen Zerschneidungswirkungen durch das Brückenbauwerk (s. Unterlage 19.4.1). Geringfügige Veränderung von Licht- und Feuchteverhältnisse unter dem Brückenbauwerk sind nicht auszuschließen. Durch die geänderte Pfeilerstellung im Gewässer (Einengung des Fließquerschnitts) kann sich eine geringfügige Veränderung der hydrodynamischen Verhältnisse für LRT-Flächen im Abstrom der Süderelbbrücke ergeben.

#### Betriebsbedingte Beeinträchtigungen

Im Zuge der Erweiterung der A 1 im Bereich des FFH-Gebietes „Heuckenlock/Schweenssand“ kommt es zu keinen über das Maß der Vorbelastung hinausgehenden signifikanten zusätzlichen betriebsbedingten Lärmbeeinträchtigungen. Die für die angrenzenden Wohngebiete erforderlichen aktiven Lärmschutzanlagen (Lärmschutzwände) auch in Zusammenhang mit dem Planungsabschnitts Mitte (VKE 714.2) wirken sich deutlich lärmindernd und damit positiv auf die angrenzenden Flächen des Schutzgebietes aus (s. Unterlage 19.4.1). Die FFH-Verträglichkeitsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der aktiven Lärmschutzmaßnahmen (Lärmschutzwände) im Bereich des FFH-Gebietes betriebsbedingt auch keine zusätzlichen optischen Störwirkungen zu erwarten sind, sondern diese vielmehr gemindert werden. Auch in Bezug auf stoffliche Einwirkungen (u.a. Nährstoffeintrag, Schwermetalle/Schadstoffe/Tausalz) sind keine nachteiligen Veränderungen gegenüber der Vorbelastung zu erwarten.

**Zusammenfassend sind anlagebedingt geringfügige Beeinträchtigungen und betriebsbedingt keine zusätzlichen Beeinträchtigungen zu erwarten. Baubedingte Beeinträchtigungen (vorbelasteter Flächen) lassen sich nicht vollständig vermeiden.**

**Im Ergebnis der FFH-VP werden erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes unter Berücksichtigung der festgelegten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung (s. u.) ausgeschlossen. Dies gilt aufgrund der Übereinstimmung dieser Erhaltungsziele mit dem Schutzzweck der deckungsgleichen Naturschutzgebiete auch für diese.**

Die folgenden vorhabenbezogenen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung (s. Unterlage 19.4.1) werden umgesetzt:

- Technische Optimierung der Lage der Baustraße östlich der A 1
- Technische Optimierung der Bautechnologie sowie der Lage der Baustraße westlich der A 1
- Sicherung des Baufelds über eine pfahlgegründete Winkelstützwand
- Maßnahmen zum Schutz des Wurzelbereichs der Baumweiden im Bereich der Baustraße bzw. Bauflächen
- Ausweisung von Bautabuflächen/Errichtung stabiler Bauzaun
- Ökologisch optimierter Rückschnitt von größeren Gehölzen
- Optimierung der Baustellenbeleuchtung/Bauzeitenregelung
- Einsatz schonender Rammverfahren
- Sach- und umweltgerechter Rückbau der Bestandsbrücke einschließlich Pfeiler und der bauzeitlichen Pfeiler westlich der Bestandsbrücke sowie bauzeitliche Gewässerschutzmaßnahmen
- Umweltbaubegleitung während der Bauphase

Gemäß FFH-Verträglichkeitsprüfung (Unterlage 19.4.1) kann mit den Schadensbegrenzungsmaßnahmen sichergestellt werden, dass es zu keiner Verringerung der LRT-Flächen im FFH-Gebiet kommt und dass die für ihren Fortbestand erforderlichen Strukturen und Funktionen langfristig bestehen bleiben. LRT-relevante Strukturen, Funktionen sowie das lebensraumtypische Arteninventar bleiben erhalten. Die Voraussetzungen zur langfristigen Sicherung bzw. Wiederherstellung des günstigen Erhaltungszustandes bleiben für den Lebensraumtyp 3270 gewahrt. Es kommt zu keiner Inanspruchnahme von aktuellen und potenziellen Standorten des prioritären Schierlings-Wasserfenchels im Zuge des Baugeschehens. Auch Gefährdungen der Lebensräume durch eine Veränderung des Tidegeschehens, höhere Strömungsgeschwindigkeiten bzw. eine höhere Sedimentation von Feinboden können nach derzeitigem Kenntnisstand ausgeschlossen werden. Die Standorte der Art bleiben in vollem Umfang und voller Leistungsfähigkeit erhalten.

Die Schadensbegrenzungsmaßnahme „Einsatz schonender Rammverfahren“ ist geeignet, erheblicher Beeinträchtigungen der Fisch- und Rundmaularten des Anhangs II der FFH-RL zu vermeiden. Die Habitate der Anhang II-Arten bleiben in vollem Umfang und voller Leistungsfähigkeit erhalten.

Die FFH-Verträglichkeitsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben unter Berücksichtigung der Schadensminderungs- und Schutzmaßnahmen nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes „Heuckenlock/Schweenssand“ in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führt.

### **Naturschutzgebiete „Schweenssand“ und „Heuckenlock“**

Da die beiden Naturschutzgebiete „Schweenssand“ und „Heuckenlock“ flächengleich mit dem FFH-Gebiet sind, ist davon auszugehen, dass das Vorhaben ebenfalls nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen maßgeblicher Bestandteile des Schutzzwecks dieser Schutzgebiete führt.

Einzelne Verbote der Schutzgebietsverordnungen (insbesondere Verbot Nr. 1: „Pflanzen zu beschädigen“, Nr. 2: „wildlebende Tiere zu stören“ und Nr. 10 (NSG „Heuckenlock“) bzw. Nr. 17 (NSG „Schweenssand“) „die Bodengestalt zu verändern“) werden durch das Vorhaben betroffen. Durch die festgelegten Schadensbegrenzungsmaßnahmen wird aber eine dauerhafte Beeinträchtigung der den Schutzzweck bestimmenden Schutzgegenstände vermieden, sodass sich eine Abweichung als mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar darstellt.

### **Maßnahmenplanung in den Schutzgebieten**

In den Schutzgebieten ist lediglich die Maßnahme 3.7 A<sub>CEF</sub> festgelegt. Es handelt sich hierbei um die Anbringung von Starenkästen an den Gehölzbeständen im NSG „Schweenssand“ (gleichzeitig FFH-Gebiet „Heuckenlock/Schweenssand“). Mit Realisierung der Maßnahme ist keine Beeinträchtigung des FFH-Gebietes oder des Naturschutzgebietes verbunden.

**Vorsorglich wird eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG für die Abweichung von den Verboten der Schutzgebietsverordnungen durch die oben beschriebenen vorhabenbedingten Eingriffe in die Naturschutzgebiete „Schweenssand“ und „Heuckenlock“ beantragt.**

## **Beeinträchtigungen des LSG „Hamburger Elbe“ (im Planungsgebiet deckungsgleich mit dem FFH-Gebiet DE 2526-305 „Hamburger Unterelbe“)**

Das LSG „Hamburger Elbe“ ist im Planungsgebiet des Vorhabens deckungsgleich mit dem FFH-Gebiet „Hamburger Unterelbe“ (DE 2526-305) für das Unterlagen für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung erstellt wurden (s. Unterlage 19.4.2). Die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes sind als Schutzzweck in die Schutzgebietsverordnung (§ 2 (2)) des LSG integriert:

- Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Hamburger Elbe vom 8. August 2017, Fassung vom 6.10.2020.

Das FFH-Gebiet „Hamburger Unterelbe“ umfasst auf engem Raum die Vielfalt der ursprünglichen Naturlandschaft im Elbe-Urstromtal mit ihrer durch Auendynamik geprägten Geologie und Morphologie. Die in Teilbereichen vollständig erhaltene, typische Zonierung des limnischen Elbeästuars über Tief- und Flachwasserbereiche, Süßwasserwatten, Tide-Röhrichte bis hin zu Tide-Auwäldern einschließlich der darin beheimateten artenreichen Lebensgemeinschaften (insbesondere wandernde Fischarten und Schierlings-Wasserfenchel) sind besonders schützenswert (s. Unterlage 19.4.2).

Die Baumaßnahmen liegen z.T. innerhalb des FFH-Gebietes / Landschaftsschutzgebietes. Insbesondere zur Herstellung des Brückenbauwerks (Süderelbbrücke) erfolgen bauzeitliche Eingriffe in das Gebiet. Innerhalb der relevanten Wirkweiten des Vorhabens liegen die LRT 3270 „Flüsse mit Gänsefuß- und Zweizahn-Gesellschaften auf Schlammbänken“ und LRT 6430 „Feuchte Hochstaudenfluren“. Der prioritäre LRT \*91E0 „Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder“ liegt außerhalb des Wirkraums des Vorhabens. Eine Beeinträchtigung des LRT \*91E0 kann ausgeschlossen werden (Unterlage 19.4.2).

Da die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes auch den maßgeblichen Schutzzweck des LSG darstellen, werden die Aussagen der FFH-Verträglichkeitsprüfung für die Beurteilung, ob der Schutzzweck des LSGs nachteilig betroffen wird, herangezogen.

## **Ergebnisse der FFH-Verträglichkeitsprüfung zum FFH-Gebiet „Hamburger Unterelbe“**

Folgende baubedingte Wirkungen können nicht ausgeschlossen werden:

- Verlust / Veränderung von Vegetations- und Biotopstrukturen

- Veränderung des Bodens / mechanische Einwirkungen / Verdichtung im Bereich des Baufelds
- Licht / Baubedingte Barriere- oder Fallenwirkung / Mortalität
- Erschütterungen / Vibrationen
- Stoffliche Einträge (Schwebstoffeinträge, technische und chemische Fremdstoffe)

Für die Herstellung des Ersatzneubaus der Süderelbbrücke erfolgt die Anlage von drei bauzeitlichen Hilfspfeilern mit einer jeweiligen Flächengröße von ca. 250 m<sup>2</sup> im Bereich des LRT 3270, die nach Beendigung der Herstellung der Süderelbbrücke zurückgebaut werden. Für die Herstellung des Pfeilers 20 ist die Anschüttung einer Arbeitsebene erforderlich. Daraus resultiert eine bauzeitliche Inanspruchnahme des LRT 3270 in Höhe von 1.100 m<sup>2</sup>. Durch den bauzeitlichen westlichen Überbau parallel zur Bestandsbrücke erfolgt eine zusätzliche Verschattung auf einer Fläche von ca. 3.670 m<sup>2</sup> Wasserfläche der Süderelbe. Eine dauerhafte Verschlechterung des Habitatpotenzials erfolgt durch die bauzeitlichen Beeinträchtigungen nicht (Unterlage 19.4.2).

Zur Vermeidung von baubedingten Beeinträchtigungen charakteristischer Tierarten des LRT 3270 durch Erschütterungen/Rammarbeiten, Baustellenbeleuchtung und durch Stoffeintrag im Zuge der Errichtung der neuen Süderelbbrücke sowie beim Rückbau der Bestandsbrücke sowie der bauzeitlichen Pfeiler westlich der Bestandsbrücke werden Schadensbegrenzungsmaßnahmen erforderlich.

Bezüglich einer kleinen Teilfläche des LRT 6430 (Feuchte Hochstaudenfluren) im Abstand von ca. 190 m zum Baufeld kann lediglich nicht ausgeschlossen werden, dass baubedingte Störwirkungen ggf. eine potenzielle Brutansiedlung von charakteristischen Arten des LRT während der Bauzeit verhindern können. Langfristig kann eine Einschränkung des Lebensraumpotenzials jedoch ausgeschlossen werden (Unterlage 19.4.2).

#### Anlagebedingte Beeinträchtigungen

Anlagebedingt erfolgt durch die Anlage von Brückenpfeilern im Bereich des LRT 3270 eine Flächeninanspruchnahme von ca. 340 m<sup>2</sup>. Zudem werden zur Gründung der Pfeiler Unterwasserbetonsohlen im Umfang von 2.120 m<sup>2</sup> ca. 1 m unterhalb der Gewässersohle der Elbe im Untergrund eingebaut. Um die Brückenpfeiler ist ein Kolkschutz mit Decksteinen erforderlich. Die von den Decksteinen belegte Fläche nimmt eine Größe von ca. 8.325 m<sup>2</sup> rund um die Pfeiler ein. Davon liegen 7.340 m<sup>2</sup> im Bereich des LRT 3270 im FFH-Gebiet „Hamburger Unterelbe“.

Allerdings handelt es sich nicht um einen vollständigen Verlust von LRT-Flächen, da die Wasserbausteine überspült werden und weiterhin eine Funktion als Lebensraum und Wanderkorridor erfüllen. Innerhalb der Süderelbe sind keine Makrophyten

ausgeprägt, so dass es zu keiner Betroffenheit von Pflanzenstandorten kommt. Auch sind im Flussbettsediment in der Elbe keine besonderen Habitatfunktionen wie z.B. Laichhabitats für Fischarten vorhanden, deren Teilverlust zu einer Abnahme der Lebensraumfunktion bzw. zu einer Beeinträchtigung des Artenpotenzials führen würde. Die für den langfristigen Fortbestand des Lebensraums notwendigen Strukturen und spezifischen Funktionen des LRT 3270 bleiben aufrechterhalten. Durch das Vorhaben werden keine qualitativen Veränderungen des Lebensraumes einschließlich seiner charakteristischen Arten hervorgerufen (Unterlage 19.4.2).

#### Betriebsbedingte Beeinträchtigungen

Mit der Erweiterung der A 1 und dem Ersatzneubau der Süderelbbrücke ist keine signifikante Erhöhung der Verkehrsbelegung verbunden. Betriebsbedingte Auswirkungen, die über das Maß der Vorbelastung hinausgehen, können ausgeschlossen werden.

**Zusammenfassend sind anlagebedingt geringfügige Beeinträchtigungen und betriebsbedingt keine zusätzlichen Beeinträchtigungen zu erwarten. Baubedingte Beeinträchtigungen lassen sich nicht vollständig vermeiden. Im Ergebnis der FFH-VP werden erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des FFH-Gebietes unter Berücksichtigung der festgelegten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung ausgeschlossen (s. u.). Dies gilt aufgrund der Übereinstimmung dieser Erhaltungsziele mit dem Schutzzweck des im Planungsgebiet deckungsgleichen LSG auch für dieses.**

Die folgenden vorhabensbezogenen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung (s. Unterlage 19.4.2) werden umgesetzt:

- Optimierung der Baustellenbeleuchtung
- Einsatz schonender Rammverfahren/Bauzeitenregelung
- Sach- und umweltgerechter Rückbau der Bestandsbrücke einschließlich Pfeiler und der bauzeitlichen Pfeiler westlich der Bestandsbrücke sowie bauzeitliche Gewässerschutzmaßnahmen
- Umweltbaubegleitung während der Bauphase

Gemäß FFH-Verträglichkeitsprüfung (Unterlage 19.4.2) kann sichergestellt werden, dass die für den langfristigen Fortbestand der betroffenen Lebensräume notwendigen Strukturen und spezifischen Funktionen sowie das lebensraumtypische Arteninventar erhalten bleiben. Die anlagebedingte Inanspruchnahme durch die Pfeiler einschließlich des Kolksschutz löst keine erheblichen Beeinträchtigungen des LRT 3270 aus. Durch das Vorhaben werden keine qualitativen Veränderungen des Lebensraumes einschließlich seiner charakteristischen Arten hervorgerufen. Die Voraussetzungen zur langfristigen Sicherung bzw. Wiederherstellung des günstigen Erhaltungszustandes bleiben für die Lebensraumtypen gewahrt.

Die Schadensbegrenzungsmaßnahmen „Optimierung der Baustellenbeleuchtung“ und „Einsatz schonender Rammverfahren/Bauzeitenregelung“ sind geeignet, erhebliche Beeinträchtigungen von Individuen der Fisch- und Rundmaularten des Anhangs II der FFH-RL zu vermeiden. Die Habitate der Anhang II-Arten bleiben in vollem Umfang und voller Leistungsfähigkeit erhalten. Eine Störung der Wander- und Migrationsbewegungen kann ausgeschlossen werden.

Die FFH-Verträglichkeitsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben unter Berücksichtigung der Schadensminderungs- und Schutzmaßnahmen nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes „Hamburger Unterelbe“ in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen führt.

### **Landschaftsschutzgebiet „Hamburger Elbe“**

Da das Landschaftsschutzgebiet „Hamburger Elbe“ im von Auswirkungen des Vorhabens betroffenen Bereich flächengleich mit dem FFH-Gebiet „Hamburger Unterelbe“ ist und die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes auch den Schutzzweck des Landschaftsschutzgebietes abbilden, ist davon auszugehen, dass das Vorhaben auch nicht zu erheblichen Beeinträchtigungen maßgeblicher Bestandteile des Schutzzwecks dieses Schutzgebietes führt.

Einzelne Verbote der Schutzgebietsverordnung (insbesondere Verbot Nr. 2: „wildlebende Tiere zu stören“ und Nr. 14 „die Bodengestalt zu verändern“) sind durch das Vorhaben betroffen. Durch die festgelegten Schadensbegrenzungsmaßnahmen wird eine dauerhafte Beeinträchtigung der den Schutzzweck bestimmenden Schutzgegenstände vermieden, sodass sich eine Abweichung als mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar darstellt.

### **Maßnahmenplanung in den Schutzgebieten**

Es sind keine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen im LSG „Hamburger Elbe“ beantragt.

**Es wird eine Befreiung gemäß § 67 BNatSchG für die Abweichung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung durch die oben beschriebenen vorhabenbedingten Eingriffe in das LSG „Hamburger Elbe“ beantragt.**

## **Beeinträchtigungen des LSG „Wilhelmsburger Elbinsel“**

In der Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuland vom 28. Januar 2014 (Fassung vom 12. Oktober 2021) ist in § 2 folgender Schutzzweck festgelegt:

1. Die großräumige durch Eindeichung entstandene Marschenlandschaft der Wilhelmsburger Elbinsel, die geprägt wird durch
    - a) Grünland, Feuchtgrünland, Nasswiesen sowie Acker- und Gartenbauland,
    - b) ein umfangreiches System aus Wettern, Gräben und Grüppen, Bracks und sonstigen Gewässern,
    - c) Erlenbrüche, Auwaldreste, Baumreihen, Feldgehölze, frei wachsende Hecken, Gebüsche und Einzelbäume,
    - d) die zur Kulturlandschaft gehörenden Deiche mit ihrer landschaftstypischen Bebauung an den Altdeichen,
    - e) großräumig unbebaute Flächen im Kernbereich des Gebietes,
  2. die Wilhelmsburger Dove Elbe mit ihren Ufer begleitenden Gehölzbeständen, Röhrichten, den angrenzenden Gras- und Staudenfluren und dem Gartenbauland sowie
  3. die Stromelbe mit den periodisch überfluteten Vordeichsflächen mit Röhrichten, Feuchtgebüschen und Hochstaudenfluren
- wegen
1. ihrer besonderen Bedeutung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere wegen der das Gebiet prägenden Wettern und Gräben, die Grund- und Stauwasser beeinflussten Marschenböden, die ausgleichende stadtklimatische Wirkung, der nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Flächen sowie als Lebensstätte und Lebensraum für Wiesenvögel, Amphibien, Fische und Insekten,
  2. der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft und der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Marschenlandschaft,
  3. ihrer besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung zu erhalten und zu entwickeln.

Gemäß § 5 ist es im Landschaftsschutzgebiet verboten,

1. auf der Fläche nördlich der in der Landschaftsschutzkarte in roter Farbe dargestellten Linie sowie in den Teilgebieten an der Kornweide und westlich der Bundesautobahn A1 bauliche Anlagen zu errichten, anzulegen oder zu erweitern, auch wenn die Maßnahme keiner baurechtlichen Genehmigung oder Zustimmung bedarf oder nur vorübergehender Art ist,
2. auf den in der Landschaftsschutzkarte durch Schraffur besonders gekennzeichneten Flächen Grünland umzubrechen, auch zum Zwecke der Neuansaat,

3. natürliche Gewässer und Feuchtgebiete aller Art wie Tümpel, Teiche, Bracks, nasse Senken, Röhrichte und Rieder zu beschädigen, zu verändern, auszutrocknen oder zu beseitigen,
4. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder ihre Bauten und Brutstätten zu zerstören oder zu beschädigen,
5. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Fahrwege und Plätze sowie von Wohngrundstücken mit Kraftfahrzeugen zu fahren oder diese oder Anhänger dort abzustellen,
6. das Gelände durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen oder stillgelegte Kraftfahrzeuge, Anhänger oder Teile derselben außerhalb der Hausgrundstücke abzustellen.

Ein kleiner Teilbereich im Norden des Baufeldes liegt im ca. 631 ha großen Landschaftsschutzgebiet. Es handelt sich um an die bestehende A 1 angrenzende Flächen des Stillhorner und Finkenrieker Hauptdeichs direkt südlich der Anschlussstelle Stillhorn. Durch das Vorhaben kommt es zu bauzeitlichen und dauerhaften Flächeninanspruchnahmen des LSG. Die **dauerhafte** Inanspruchnahme von Flächen des LSG umfasst ca. 802 m<sup>2</sup>, davon entfallen ca. 564 m<sup>2</sup> auf im Bestand voll- oder teilversiegelte Flächen. 268 m<sup>2</sup> werden für Böschungen und Nebenflächen überformt, 536 m<sup>2</sup> werden für eine Zufahrt versiegelt. Insgesamt liegen rd. 11.071 m<sup>2</sup> des Landschaftsschutzgebietes innerhalb des Baufeldes (bauzeitliche + dauerhafte Inanspruchnahme). Davon sind ca. 3.083 m<sup>2</sup> bereits im Bestand (teil-)versiegelt. Bei den übrigen Flächen im Baufeld handelt es sich um sonstiges mesophiles Grünland auf dem Hauptdeich (GMZ: 0,67 ha) und gepflanzten Gehölzbestand aus vorwiegend heimischen Arten (ZHN: 0,13 ha) direkt westlich der A 1 zwischen Finkenrieker Hauptdeich und Stillhorner Weg.

Auf den überformten, nicht versiegelten Flächen (Böschungen, Mulden und Nebenflächen) erfolgt eine landschaftsgerechte Begrünung (Ansaaten gemäß Maßnahmenblatt 2.1 G) innerhalb des LSG. Die im LSG bauzeitlich in Anspruch genommenen Flächen werden, auch hinsichtlich der Vegetationsbedeckung, wiederhergestellt (Maßnahme 1.12 V). Dies umfasst auch die Gehölzentwicklung auf Flächen, auf denen es bauzeitlich zu Gehölzverlusten kommt.

Aufgrund der Vorbelastung durch die Bestandautobahn sind in Bezug auf das Landschaftsbild hauptsächlich die im Zuge der Baufeldfreimachung zu entfernenden Gehölze und die Anlage von Lärmschutzanlagen relevant. Gleichzeitig sorgen diese Anlagen für eine lärmtechnische Entlastung der Umgebung und erhöhen somit die Erholungsfunktion im LSG.

Aufgrund der hohen Vorbelastung durch die bestehende 6-spurige Autobahn sind keine für das LSG relevanten bauzeitlichen mittelbaren Beeinträchtigungen durch Lärm und optische Störreize zu erwarten.

**Das Vorhaben führt zu bauzeitlichen und dauerhaften Inanspruchnahmen vorbelasteter Flächen des ca. 631 ha großen LSGs „Wilhelmsburger Elbinsel“. Dauerhaft überbaut werden 0,08 ha (davon sind 0,05 ha im Bestand bereits voll- oder teilversiegelt).**

**Vor dem Hintergrund des dargelegten Sachverhalts, stellt sich eine Abweichung als mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar dar.**

### **Maßnahmenplanung im LSG**

Es sind keine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen im LSG „Wilhelmsburger Elbinsel“ festgelegt.

**Es wird eine Befreiung nach § 67 BNatSchG für die Abweichung von den Verboten der Schutzgebietsverordnung durch die oben beschriebenen vorhabenbedingten Eingriffe in das LSG „Wilhelmsburger Elbinsel“ beantragt.**

## Anlagen – Auszüge aus den Schutzgebietsverordnungen

### NSG Neuländer Moorwiesen (Gebietsnummer HH-708)

#### Verordnung über das Naturschutzgebiet Neuländer Moorwiesen vom 1. August 2017

##### § 2

##### Schutzzweck

Schutzzweck ist es, die von einer Grünlandnutzung geprägte, weiträumige und offene Kulturlandschaft der Neuländer Moorwiesen mit ihrem engmaschigen Netz wertvoller Moorböden, Gräben und ihren feuchten und nassen Wiesen und Weiden mit Stillgewässern als Lebensstätten für die dort beheimateten seltenen und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten zu erhalten, zu entwickeln und wiederherzustellen; hierzu gehören insbesondere am Boden brütende Wiesenvögel wie Kiebitz, Rotschenkel und Bekassine, Amphibien wie Moorfrosch, Libellen wie Grüne Mosaikjungfer, Keilflecklibelle und Gefleckte Smaragdlibelle sowie Sumpfdotterblume, Laichkräuter und Wasserfeder.

##### § 5

##### Verbote

(1) Im Naturschutzgebiet ist es verboten,

1. Pflanzen und Pilze oder einzelne Teile von ihnen abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder sonst zu beschädigen,
2. wild lebenden Tieren nachzustellen oder zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder sie durch sonstige Handlungen zu stören oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder Nester wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,
3. Tiere, Pflanzen oder andere Organismen anzusiedeln oder auszusetzen,
4. zu angeln oder sonst Fische zu fangen, sowie Fische oder Fischlaich in die Gewässer einzusetzen, Fischfutter oder andere Mittel mit düngender Wirkung in die Gewässer einzubringen oder die Gewässer auf andere Art und Weise zu verunreinigen oder zu beeinträchtigen,
5. die Jagd auszuüben, ausgenommen auf Fuchs, Marderhund, Waschbär, Schwarzwild, Rehwild sowie Grau-, Nil- und Kanadagans in der Zeit vom 1. August bis 31. Januar des Folgejahres,
6. das Gebiet außerhalb dafür bestimmter Wege zu betreten,
7. das Gebiet mit motorisierten Fahrzeugen aller Art zu befahren oder motorisierte Fahrzeuge aller Art oder Anhänger abzustellen,
8. außerhalb dafür zugelassener Wege zu reiten oder mit Kutschen zu fahren,
9. Hunde oder andere Haustiere auf andere Weise als an kurzer Leine mitzuführen, baden oder im Gebiet laufen zu lassen,
10. Gegenstände von wissenschaftlicher, naturgeschichtlicher oder bodenkundlicher Bedeutung zu beschädigen, aufzunehmen, zu sammeln oder zu verunstalten,
11. die Gewässer mit Wasserfahrzeugen aller Art zu befahren, in den Gewässern zu baden oder zu tauchen, zugefrorene Gewässer zu betreten oder auf ihnen Schlittschuh zu laufen,
12. mit Ballonen oder sonstigen Luftfahrzeugen zu starten oder zu landen, Feuerwerkskörper, Drachen, Drohnen oder Flugmodelle jeglicher Art fliegen oder Schiffsmodelle auf den Gewässern fahren zu lassen,
13. Feuer zu machen oder brennende oder glimmende Gegenstände oder Glas wegzuwerfen oder zurück zu lassen,
14. zu zelten oder zu lagern,

15. die Ruhe der Natur durch Lärmen, Musizieren oder auf andere Weise zu stören,
16. das Gelände durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen,
17. bauliche Anlagen jeglicher Art, Frei- und Rohrleitungen, Kabeltrassen, Masten, Einfriedungen sowie Wege, Treppen, Brücken, Stege, Beleuchtungen oder Brunnen zu errichten, anzulegen oder zu verändern,
18. Zäune oder Zaunteile an Gehölzen zu befestigen,
19. Bild- oder Schrifftafeln anzubringen,
20. Aufschüttungen oder Bohrungen vorzunehmen, die Bodengestalt, die Gestalt der Gewässer und ihrer Ufer durch Grabungen, Abbau oder durch Einbringen von Bodenbestandteilen oder von Astwerk oder auf sonstige Weise zu verändern,
21. den Wasserhaushalt zu verändern, insbesondere Gräben zuzuschütten oder Drainagen anzulegen, sowie die Gewässer vollständig abzulassen,
22. Beetgräben in der Zeit vom 1. April bis 31. August zu unterhalten,
23. mineralischen Stickstoffdünger oder Gülle auszubringen oder Pflanzenschutzmittel anzuwenden,
24. die Kulturart zu verändern, insbesondere Grünland in Ackerflächen umzuwandeln,
25. die Grasnarbe des Grünlandes umzubrechen oder durch Überweidung zu zerstören,
26. die Grünlandflächen in der Zeit vom 1. April bis 31. Mai maschinell zu bearbeiten,
27. Stallmist, Heu oder in Kunststoff eingeschweißte Silage länger als einen Monat zu lagern und für das Einwickeln von Heu oder Silage anderes als grün eingefärbtes Material zu verwenden,
28. im Fall der Mahd von außen nach innen zu mähen,
29. Verkaufsstände oder sonstige Stände zu errichten oder Waren anzubieten.

(2) Von den Verboten des Absatzes 1 gelten nicht:

1. die Nummern 1 bis 7, 10 bis 13, 15, 17, 19 bis 25 für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die zuständige oder im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde,
2. die Nummern 1, 2, 6, 7, 15 und 20 für erforderliche Maßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung, soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten,
3. die Nummern 1, 2, 6, 7, 15 und, soweit gentechnisch nicht veränderte Organismen angesiedelt oder ausgesetzt werden, die Nummer 3 sowie, soweit bestehende Einfriedungen oder Tränken unterhalten werden, die Nummer 17 für die landwirtschaftliche Nutzung im Rahmen der guten fachlichen Praxis,
4. die Nummern 1, 2, 5 bis 7, 9 und 15 im Rahmen der zugelassenen Ausübung der Jagd, für die ordnungsgemäße Ausübung des Tierschutzes nach § 22a Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2850), zuletzt geändert am 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1226, 1227), in der jeweils geltenden Fassung, zur Nachsuche und zum Jagdschutz durch die Jagdausübungsberechtigten,
5. die Nummer 19 für das Anbringen von Schildern, die als Orts- oder Verkehrshinweise dienen, im Einvernehmen mit der für Naturschutz zuständigen Behörde,
6. die Nummern 1, 2, 6, 7 und 15 für Verkehrssicherungsmaßnahmen, die mit der für Naturschutz zuständigen Behörde abgestimmt sind,
7. die Nummer 25 im Rahmen der Nutzung als Hausweide auf den Flurstücken 1277, 1279, 119 und 128 der Gemarkung Neuland,
8. die Nummern 1, 2, 6, 7, 15 und 20 für den Betrieb und die Unterhaltung von der Elektrizitätsversorgung dienenden Leitungen, einschließlich der hierfür erforderlichen Einrichtungen und Anlagen, soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten.

- (3) Von den Verboten des Absatzes 1 kann die zuständige Behörde in folgenden Fällen eine Ausnahmegenehmigung erteilen:
1. von der Nummer 23 für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Form einer Horst- oder Einzelpflanzenbehandlung, wenn Kreuzkraut-Arten der Gattung *Senecio* oder andere die Grünlandbewirtschaftung gefährdende Arten auf landwirtschaftlich genutztem Grünland vorkommen und eine manuelle oder mechanische Entfernung nicht zumutbar oder nicht praktikabel ist,
  2. von den Nummern 23 und 26 für die Anwendung von Düngemitteln oder für eine maschinelle Bearbeitung während der Sperrfrist im Rahmen der ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung, soweit erhebliche Ertragseinbußen zu befürchten sind und die Erteilung einer Ausnahme naturschutzfachlich vertretbar ist,
  3. von der Nummer 8 für das Reiten mit Zustimmung des Flächeneigentümers, soweit die Erteilung einer Ausnahme naturschutzfachlich vertretbar ist.

## **NSG Schweenssand** (Gebietsnummer HH-706)

Teilfläche des FFH-Gebietes DE 2526-302 Heuckenlock/Schweenssand

### **Verordnung über das Naturschutzgebiet Schweenssand vom 31. August 1993, Fassung vom 16.08.2016**

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 31 der Verordnung vom 16. August 2016 (HmbGVBl. S. 381, 424)

[Diese Verordnung dient gemäß Artikel 33 der Umsetzung der Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wild lebenden Tiere und Pflanzen (ABl. EG Nr. L 206 S. 7), zuletzt geändert am 13. Mai 2013 (ABl. EU Nr. L 158 S. 193).]

## **§ 2**

### **Schutzzweck und Erhaltungsziele**

(1) Schutzzweck ist es, die Funktionsfähigkeit der von dynamischen Prozessen der Tideelbe wie Gezeiten, Oberwasserabfluss, Sedimentation, Erosion, Sturmfluten und Treibeis abhängigen Lebensräume der Flachwasserzonen, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Tide-Röhrichte, Hochstaudenfluren, Weidengebüsche und Tide-Auwälder sowie die Lebensstätten der auf diese Lebensräume angewiesenen, seltenen und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten wie Wibel-Schmiele, Schierlings-Wasserfenchel, Sumpf-Dotterblume, Fluss-Greiskraut, Wasser-Ehrenpreis, Rapfen, Teichrohrsänger und Nachtigall zu erhalten und zu entwickeln.

(2) Schutzzweck entsprechend den Erhaltungszielen des FFH-Gebietes im Sinne von § 32 Absatz 3 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert am 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666), in der jeweils geltenden Fassung, ist es, den günstigen Erhaltungszustand

1. des Lebensraumtyps „Flüsse mit Schlammbänken“ als naturnaher, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägter Lebensraumkomplex aus vollständig zonierten Schlammuferfluren, Flachwasserzonen der Tide-Elbe, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Spülsäumen, Tide-Röhrichten und Hochstaudenfluren, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Fische und Vögel,
2. des prioritären Lebensraumtyps „Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder“ als naturnaher, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägter Weichholz-Auwald mit standorttypischer Baum-, Strauch- und Krautschicht aus heimischen Arten, unterschiedlichen Altersphasen und Entwicklungsstufen mit einem hohen Anteil von Alt- und Totholz sowie mit lebensraumtypischen Strukturen wie Strandwällen, Flutmulden, Prielen und Watten, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Käfer, Nachtfalter, Vögel und Fledermäuse,
3. des Lebensraumtyps „Feuchte Hochstaudenfluren“ als naturnahe, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägte, unbeschattete Uferstaudenflur mit standorttypischer Vegetation und Nährstoffversorgung auf vielfältig strukturierten Standorten in Kontakt zu wertvollen autotypischen Lebensräumen, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Heuschrecken und Vögel,
4. der Population des Rapfens mit seinen vorkommenden Lebensphasen in seinen naturnahen Lebensstätten aus Flachwasserbereichen, bei Tidehochwasser überstauten Süßwasserwatten und Stromkanten in enger Verzahnung als Nahrungs-, Aufwuchs- und Laichgebiet,

5. der Population der Finte mit ihren vorkommenden Lebensphasen, insbesondere der Larven, in ihren naturnahen, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägten Lebensstätten aus Flachwasserbereichen, bei Tidehochwasser überstauten Süßwasserwatten und Stromkanten in enger Verzahnung als ungehindert erreichbares Nahrungs- und Aufwuchsgebiet,
6. der Population des Meerneunauges und Flussneunauges mit ihren vorkommenden Lebensphasen in ihren naturnahen Lebensstätten aus Flachwasserbereichen und Stromkanten als durchgängige Wanderstrecke,
7. der Population des prioritären Schierlings-Wasserfenchels mit seinen vorkommenden Lebensphasen aus Adulten, Rosetten und Samen im Boden in seinen Lebensstätten aus naturnahen, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägten Tide-Röhrichten, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Hochstaudenfluren und Tide-Auwäldern mit einer für die Art geeigneten Bodenbeschaffenheit und Höhenlage als strömungs- und wellenberuhigter Standort, auch für eine ausreichende Vernetzung mit anderen Vorkommen,

zu erhalten und zu entwickeln. Im Falle der Entwicklung neuer Lebensstätten für europäisch geschützte Arten oder Flächen für europäisch geschützte Lebensraumtypen ist diese vorrangig gegenüber dem Erhalt der dort gegenwärtig vorkommenden Arten und Lebensräume.

(3) Maßnahmen zur Erreichung der Schutzzwecke nach den Absätzen 1 und 2 werden, gegebenenfalls unter weiterer Konkretisierung dieser Schutzzwecke, in Pflege- und Entwicklungsplänen im Sinne von § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 167), in Bewirtschaftungsplänen im Sinne von § 32 Absatz 5 BNatSchG oder in vertraglichen Vereinbarungen festgelegt.

### **§ 3**

#### **Duldung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen**

(1) Folgende Maßnahmen der zuständigen Behörde zum Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind von den Eigentümern und Nutzungsberechtigten zu dulden:

1. Die Entfernung von Uferdeckwerken, Kaimauern oder Anlegern.
2. Die Wiederherstellung von mit Schutt oder anderweitig von Menschenhand und nicht durch natürliche Entwicklung verfüllten Prielabschnitten.
3. Die Wiederherstellung von Wattflächen und Prielen.

(2) Maßnahmen nach Absatz 1 sind so zu gestalten, dass die im Naturschutzgebiet noch vorhandenen Nutzflächen nicht vernässt werden und deren Nutzung nicht erschwert wird.

### **§ 4**

#### **Verbote**

(1) Im Naturschutzgebiet ist es verboten,

1. Pflanzen oder einzelne Teile von ihnen abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder sonst zu beschädigen,
2. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder sie durch sonstige Handlungen zu stören oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder Nester wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,

3. die Jagd auszuüben,
4. Pflanzen, Tiere oder andere Organismen anzusiedeln oder auszusetzen,
5. das Gelände außerhalb dafür bestimmter Wege zu betreten,
6. das Gelände außerhalb dafür bestimmter Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren oder außerhalb dafür bestimmter Stellen Fahrzeuge aller Art oder Anhänger abzustellen,
7. Hunde oder Katzen mitzuführen, baden oder im Gebiet laufen zu lassen,
8. zu angeln oder sonst Fische zu fangen sowie Fische oder Fischlaich in die Gewässer einzusetzen,
9. in den Gewässern zu baden,
10. die Gewässer mit Wasserfahrzeugen aller Art zu befahren,
11. brennende oder glimmende Gegenstände wegzuerwerfen oder sonst unvorsichtig mit ihnen umzugehen sowie Feuer zu machen,
12. zu zelten oder zu lagern,
13. das Gelände durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen,
14. Düngemittel oder Pflanzenbehandlungsmittel jeglicher Art auszubringen,
15. bauliche Anlagen jeglicher Art, Frei- und Rohrleitungen, Einfriedungen sowie Wege, Treppen, Brücken oder Stege zu errichten, anzulegen oder zu verändern,
16. Bild- oder Schrifftafeln anzubringen,
17. Aufschüttungen oder Bohrungen vorzunehmen, die Bodengestalt, die Gestalt der Gewässer und ihrer Ufer durch Grabungen, den Abbau oder durch Einbringung von Bodenbestandteilen oder auf sonstige Weise zu verändern,
18. den Wasserhaushalt zu verändern,
19. Gegenstände von wissenschaftlicher, naturgeschichtlicher und bodenkundlicher Bedeutung zu beschädigen, aufzunehmen, zu sammeln oder zu verunstalten,
20. zu reiten oder Pferde mitzuführen,
21. mit Ballonen oder sonstigen Luftfahrzeugen zu starten oder zu landen, Feuerwerkskörper, Drachen, Drohnen oder Flugmodelle jeglicher Art fliegen oder Schiffsmodelle auf den Gewässern fahren zu lassen.

**(2) Von den Verboten des Absatzes 1 gelten nicht:**

1. die Nummern 1, 2, 5, 6, 10 und 15 bis 17 für das Betreten, den Betrieb, die Unterhaltung und die Deichverteidigung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen einschließlich der Kreuzungsbauwerke,
2. die Nummern 1, 2, 4 bis 6, 8, 10, 13 bis 19 und 21 für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die zuständige oder im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde,
3. die Nummern 1, 2, 5, 6, 10 und 16 für den Betrieb sowie die Nummer 15 für die Instandhaltung der bestehenden Wassersportanlage auf Teilen der Flurstücke 1512 und 1769 der Gemarkung Neuland im bisherigen Umfang für den Zeitraum, in dem kein Ersatz für die Wassersportanlage gestellt werden kann,
4. die Nummern 1, 2, 5, 6, 10, 13, 16, 17 und 19 für Maßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung des Fahrwassers der Elbe im Sinne der §§ 7 bis 11 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung vom 23. Mai 2007 (BGBl. 2007 I S. 963; 2008 I S. 1980), zuletzt geändert am 5. Juli 2016 (BGBl. I S. 1578, 1580), in der jeweils geltenden Fassung, sowie für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit, soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten,
5. die Nummern 1 bis 3, 5 und 6 für die ordnungsgemäße Ausübung des Tierschutzes nach § 22a Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2850), zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1536),

- in der jeweils geltenden Fassung, zur Nachsuche und zum Jagdschutz durch die Jagdausübungsberechtigten,
6. die Nummer 16 für das Anbringen von Bild- oder Schrifttafeln, die auf den Schutz des Naturschutzgebietes hinweisen oder als Ortshinweise dienen,
  7. die Nummern 1, 2, 5, 6, 12 und 16 für das Angeln an dafür bestimmten Stellen,
  8. die Nummern 1, 2, 4 bis 6 und 16 für die mechanische oder biologische Schädlingsbekämpfung mit einheimischen Arten durch die für die Gesundheit zuständige Behörde oder für den Pflanzenschutz zuständige Behörde im Einvernehmen mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde, soweit ein Auftreten des Eichenprozessionsspinner zu einer gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung führen könnte und soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten.

(3) Von den Nummern 1 bis 3 und 5 der Verbote des Absatzes 1 kann die zuständige Behörde im Einzelfall auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für die Ausübung der Jagd auf Schalenwild erteilen, wenn die Durchführung der Verbote zu einer gesteigerten Gefährdung des Straßenverkehrs durch Fallwild oder zu einer betrieblichen Härte bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung außerhalb des Schutzgebietes führt und soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten.

### **NSG Heuckenlock** (Gebietsnummer HH-702)

Teilfläche des FFH-Gebietes DE 2526-302 Heuckenlock/Schweenssand

### **Verordnung über das Naturschutzgebiet Heuckenlock**

#### **Vom 19. Juli 1977, Fassung vom 06.10.2020**

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 34 Nr. 14 der Verordnung vom 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 529)

#### **§ 1a**

(1) Schutzzweck ist es, die Funktionsfähigkeit der von dynamischen Prozessen der Tideelbe wie Gezeiten, Oberwasserabfluss, Sedimentation, Erosion, Sturmfluten und Treibeis abhängigen Lebensräume der Flachwasserzonen, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Tide-Röhrliche, Hochstaudenfluren, Weidengebüsche und Tide-Auwälder sowie die Lebensstätten der auf diese Lebensräume angewiesenen, seltenen und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten wie Wibel-Schmiele, Schierlings-Wasserfenchel, Schachblume, Sumpf-Dotterblume, FlussGreiskraut, Schwarzpappel, Silberweide, Rapfen, Seeadler, Kleinspecht und Teichrohrsänger zu erhalten und zu entwickeln.

(2) Schutzzweck entsprechend den Erhaltungszielen des FFH-Gebietes im Sinne von § 32 Absatz 3 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert am 18. Juli 2016 (BGBl. I S. 1666), in der jeweils geltenden Fassung, ist es, den günstigen Erhaltungszustand

1. des Lebensraumtyps „Flüsse mit Schlammhängen“ als naturnaher, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägter Lebensraumkomplex aus vollständig zonierten Schlammuferfluren, Flachwasserzonen der Tide-Elbe, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Spülsäumen, Tide-Röhrlichen und Hochstaudenfluren, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Fische und Vögel,

2. des prioritären Lebensraumtyps „Erlen-Eschen- und Weichholzaunenwälder“ als naturnaher, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägter Weichholz-Auwald mit

standorttypischer Baum-, Strauch- und Krautschicht aus heimischen Arten, unterschiedlichen Altersphasen und Entwicklungsstufen mit einem hohen Anteil von Alt- und Totholz sowie mit lebensraumtypischen Strukturen wie Strandwällen, Flutmulden, Prielen und Watten, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Käfer, Nachtfalter, Vögel und Fledermäuse,

3. des Lebensraumtyps „Feuchte Hochstaudenfluren“ als naturnahe, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägte, unbeschattete Uferstaudenflur mit standorttypischer Vegetation und Nährstoffversorgung auf vielfältig strukturierten Standorten in Kontakt zu wertvollen autotypischen Lebensräumen, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Heuschrecken und Vögel,

4. der Population des Rapfens mit seinen vorkommenden Lebensphasen in seinen naturnahen Lebensstätten aus Flachwasserbereichen, bei Tidehochwasser überstauten Süßwasserwatten und Stromkanten in enger Verzahnung als Nahrungs-, Aufwuchs- und Laichgebiet,

5. der Population der Finte mit ihren vorkommenden Lebensphasen, insbesondere der Larven, in ihren naturnahen, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägten Lebensstätten aus Flachwasserbereichen, bei Tidehochwasser überstauten Süßwasserwatten und Stromkanten in enger Verzahnung als ungehindert erreichbares Nahrungs- und Aufwuchsgebiet,

6. der Population des Meerneunauges und Flussneunauges mit ihren vorkommenden Lebensphasen in ihren naturnahen Lebensstätten aus Flachwasserbereichen und Stromkanten als durchgängige Wanderstrecke,

7. der Population des prioritären Schierlings-Wasserfenchels mit seinen vorkommenden Lebensphasen aus Adulten, Rosetten und Samen im Boden in seinen Lebensstätten aus naturnahen, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägten Tide-Röhrichten, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Hochstaudenfluren und Tide-Auwäldern mit einer für die Art geeigneten Bodenbeschaffenheit und Höhenlage als strömungs- und wellenberuhigter Standort, auch für eine ausreichende Vernetzung mit anderen Vorkommen,

zu erhalten und zu entwickeln. Im Falle der Entwicklung neuer Lebensstätten für europäisch geschützte Arten oder Flächen für europäisch geschützte Lebensraumtypen ist diese vorrangig gegenüber dem Erhalt der dort gegenwärtig vorkommenden Arten und Lebensräume.

(3) Maßnahmen zur Erreichung der Schutzzwecke nach den Absätzen 1 und 2 werden, gegebenenfalls unter weiterer Konkretisierung dieser Schutzzwecke, in Pflege- und Entwicklungsplänen im Sinne von § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 13. Mai 2014 (HmbGVBl. S. 167), in Bewirtschaftungsplänen im Sinne von § 32 Absatz 5 BNatSchG oder in vertraglichen Vereinbarungen festgelegt.

## § 2

Im Naturschutzgebiet ist es verboten:

1. Pflanzen oder einzelne Teile von ihnen abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder zu beschädigen,
2. wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder sie durch sonstige Handlungen zu stören oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder Nester wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,
3. Pflanzen, Tiere oder andere Organismen anzusiedeln oder auszusetzen,
4. Hunde oder Katzen auf andere Weise als an kurzer Leine mitzuführen, baden oder im Gebiet laufen zu lassen,
5. zu zelten oder zu lagern,
6. Feuer zu machen oder brennende oder glimmende Gegenstände wegzuwerfen oder zurückzulassen,

7. bauliche Anlagen jeglicher Art, Frei- oder Rohrleitungen, Einfriedigungen sowie Wege, Treppen, Brücken oder Stege zu errichten, anzulegen oder zu verändern,
8. Bild- oder Schrifftafeln anzubringen,
9. die Kulturart eines Grundstückes und seinen Wasserhaushalt zu verändern,
10. Aufschüttungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt oder die Gestalt der Gewässer und ihrer Ufer durch Grabungen, den Abbau oder durch Einbringen von Bodenbestandteilen, Astwerk oder auf sonstige Weise zu verändern,
11. das Gelände durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen,
12. Fahrzeuge aller Art oder Anhänger abzustellen,
13. das Gelände außerhalb dafür bestimmter Wege zu betreten oder zu befahren, sowie in dem Gelände zu reiten,
14. die Gewässer mit Wasserfahrzeugen aller Art zu befahren oder in ihnen zu baden oder zu tauchen,
15. die Jagd auszuüben,
16. zu angeln oder sonst Fische zu fangen sowie Fische oder Fischlaich in die Gewässer einzusetzen,
17. mit Ballonen oder sonstigen Luftfahrzeugen zu starten oder zu landen, Feuerwerkskörper, Drachen, Drohnen oder Flugmodelle jeglicher Art fliegen oder Schiffsmodelle auf den Gewässern fahren zu lassen,
18. die Ruhe der Natur durch Lärmen, Musizieren oder auf andere Weise zu stören,
19. Düngemittel oder Pflanzenbehandlungsmittel jeglicher Art auszubringen,
20. Gegenstände von wissenschaftlicher, naturgeschichtlicher und bodenkundlicher Bedeutung zu beschädigen, aufzunehmen, zu sammeln oder zu verunstalten.“

### § 3

(1) Von den Verboten des § 2 gelten nicht:

1. die Nummern 1, 2, 3, 7 bis 14 und 16 bis 20 für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die zuständige oder im Einvernehmen mit der zuständigen Behörde,
2. die Nummern 1, 2, 12, 13 und 18 für die ordnungsgemäße Ausübung des Tierschutzes nach § 22a Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2850), zuletzt geändert am 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474, 1536), in der jeweils geltenden Fassung, zur Nachsuche und zum Jagdschutz durch die Jagdausübungsberechtigten,
3. die Nummer 8 für das Anbringen von Schrifftafeln, die auf den Schutz des Naturschutzgebietes hinweisen oder als Ortshinweise dienen, und für das Anbringen und Aufstellen von Schifffahrtszeichen,
4. die Nummern 1, 2, 8, 10 bis 14, 18 und 20 für Maßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung des Fahrwassers der Elbe im Sinne der §§ 7 bis 11 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung vom 23. Mai 2007 (BGBl. 2007 I S. 963; 2008 I S. 1980), zuletzt geändert am 5. Juli 2016 (BGBl. I S. 1578, 1580), in der jeweils geltenden Fassung, sowie für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit, soweit jeweils hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 1a erheblich beeinträchtigen könnten,
5. die Nummern 1, 2, 7, 8 und 10 bis 13 für das Betreten, den Betrieb, die Unterhaltung und die Deichverteidigung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen einschließlich der Kreuzungsbauwerke,
6. die Nummern 1 bis 3, 8, 12 und 13 für die mechanische oder biologische Schädlingsbekämpfung mit einheimischen Nematoden durch die für die Gesundheit zuständige Behörde oder für den Pflanzenschutz zuständige Behörde im Einvernehmen mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde, soweit ein Auftreten des Eichenprozessionsspinner zu einer gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung führen könnte und soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 1a erheblich beeinträchtigen könnten.

(2) Von den Nummern 1, 2, 13, 15 und 18 der Verbote des Absatzes 1 kann die zuständige Behörde im Einzelfall auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung für die Ausübung der Jagd auf Haarwild erteilen, wenn die Durchführung der Verbote zu einer gesteigerten Gefährdung des Straßenverkehrs durch Fallwild oder zu einer betrieblichen Härte bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung außerhalb des Schutzgebietes führt und soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 1a erheblich beeinträchtigen könnten.

### LSG Neuland (HH-2025)

#### Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in der Gemarkung Neuland

Vom 22. Oktober 1957)

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: zuletzt geändert durch Artikel 34 Nr. 8 der Verordnung vom 6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 529)

Die Verordnung ist außer Kraft getreten, soweit sie Flächen schützt, die durch die Verordnung über das Naturschutzgebiet Schweenssand vom 31. 8. 1993 (HmbGVBl. S. 255) unter Schutz gestellt worden sind. Die Verordnung ist ferner gemäß der Verordnung vom 3. 6. 1997 (HmbGVBl. S. 185) für eine Fläche beiderseits der Neuländer Straße außer Kraft getreten. Die Verordnung gilt gemäß § 56 Absatz 2 des Hamburgischen Naturschutzgesetzes vom 2. 7. 1981 (HmbGVBl. S. 167) als auf Grund der §§ 15 und 17 dieses Gesetzes erlassen.

## § 2

Im Landschaftsschutzgebiet ist es verboten,

- a) an anderen als den hierfür bezeichneten Plätzen zu lagern, zu zelten oder zu baden;
- b) die Ruhe der Natur oder den Naturgenuss durch Lärmen oder auf andere Weise zu stören;
- c) Abfälle, Müll, Schutt und Abraum aller Art abzulagern;
- d) im Freien Feuer anzumachen;
- e) wild wachsende Pflanzen oder Pflanzenteile (z. B. Schmuckreisig) zu entnehmen oder zu beschädigen, unbeschadet des Sammelns von Heilkräutern und dergleichen auf Grund eines nach § 9 der Verordnung zum Schutze der wild wachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wild lebenden Tiere (Naturschutzverordnung) vom 18. März 1936 in der Fassung der Verordnung vom 16. März 1940 (Reichsgesetzblatt I 1936 Seite 181, 1940 Seite 567) ausgestellten Erlaubnisscheins;
- f) frei lebende Tiere zu fangen oder zu töten, ihnen nachzustellen oder zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen;
- g) Nester, Eier, Larven oder Puppen, insbesondere von Waldameisen, fortzunehmen oder zu beschädigen.

## § 3

(1) <sup>1</sup>Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet, die zu einer Schädigung der Natur, zu einer Beeinträchtigung des Naturgenusses oder zu einer Verunstaltung des Landschaftsbildes führen können und nicht nach § 2 verboten sind, bedürfen der Genehmigung. <sup>2</sup>Insbesondere ist die Genehmigung erforderlich:

- a) für die Errichtung neuer Bauten aller Art sowie für die Vornahme baulicher Veränderungen an den Außenseiten bestehender Baulichkeiten, auch soweit solche Bauten oder Veränderungen einer baupolizeilichen Genehmigung nicht bedürfen;
- b) für die Errichtung von Freileitungen aller Art;
- c) für das Anbringen von Bild- und Schrifttafeln;
- d) für Grabungen, für die Entnahme oder das Einbringen von Bodenbestandteilen oder für sonstige Veränderungen der Bodengestalt;
- e) für das völlige oder teilweise Beseitigen von Hecken, Bäumen, Gehölzen oder Wäldern (Kahlschlag);
- f) für das Austrocknen von Teichen oder Tümpeln;
- g) für das Ziehen anderer als in § 5 Buchstabe b genannter Nutzungen.

(2) Die Genehmigung kann für solche Vorhaben versagt werden, die die Natur schädigen, den Naturgenuss beeinträchtigen oder das Landschaftsbild verunstalten.

## § 5

(1) Unberührt bleiben

- a) die Verordnung zum Schutze der wild wachsenden Pflanzen und der nichtjagdbaren wild lebenden Tiere (Naturschutzverordnung) vom 18. März 1936 in der Fassung der Verordnung vom 16. März 1940 und des Gesetzes vom 20. Dezember 1954 (Reichsgesetzblatt I 1936 Seite 181, 1940 Seite 567; Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt 1954 Seite 155), soweit sie den Vorschriften dieser Verordnung nicht widerspricht;
- b) die übliche Nutzung und die pflegerischen Maßnahmen in der Garten-, Land- und Forstwirtschaft, sofern sie dem Zweck dieser Verordnung nicht widersprechen;
- c) das Feueranmachen im Freien im Zusammenhang mit der garten-, land- oder forstwirtschaftlichen Nutzung;
- d) die zur Pflege von Hecken, Bäumen und Gehölzen erforderlichen Maßnahmen;

- e)  
die rechtmäßige Ausübung der Jagd;
  - f)  
die unerlässlichen Abwehrmaßnahmen gegen Kulturschädlinge und lästige Insekten;
  - g)  
das Anbringen von Schrifttafeln, die auf den Schutz des Landschaftsschutzgebietes hinweisen oder als Ortshinweise dienen.
- (2) Die Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) vom 17. September 1948 (Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 103) findet im Landschaftsschutzgebiet keine Anwendung.

## **§ 6**

Ausnahmen von den Vorschriften des § 2 dieser Verordnung können in besonderen Fällen zugelassen werden.

## **LSG Hamburger Elbe** (Gebietsnummer HH-2051)

Im Planungsgebiet flächengleich mit dem FFH-Gebiet „Hamburger Unterelbe“

### **Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Hamburger Elbe Vom 8. August 2017**

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: geändert durch Artikel 34 Nr. 4 der Verordnung vom  
6. Oktober 2020 (HmbGVBl. S. 523, 529)

#### **§ 2**

##### **Schutzzweck und Erhaltungsziele**

(1) Schutzzweck ist es, die Stromelbe mit ihren Tief- und Flachwasserzonen sowie periodisch überfluteten Vordeichsflächen aus Watten, Prielen, Tide-Röhrichten, Hochstaudenfluren, Weidengebüschen und Tide-Auwäldern wegen

1.  
ihrer besonderen Bedeutung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie als Lebensstätte und Lebensraum für Pflanzen nasser und feuchter Standorte, Insekten, Fische, Vögel und Säugetiere,
2.  
der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft,
3.  
ihrer besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung zu erhalten und zu entwickeln.

(2) Schutzzweck entsprechend den Erhaltungszielen des FFH-Gebietes im Sinne von § 32 Absatz 3 BNatSchG in der jeweils geltenden Fassung, ist es,

1.  
den Lebensraumtyp „Flüsse mit Schlammbänken“ als naturnaher, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägter Lebensraumkomplex aus vollständig zonierten Schlammuferfluren, Tief- und Flachwasserzonen der Tide-Elbe, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Spülsäumen, Tide-Röhrichten und Hochstaudenfluren, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Fische und Vögel,
2.  
den prioritären Lebensraumtyp „Erlen-Eschen- und Weichholzauenwälder“ als naturnaher, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägter Weichholz-Auwald mit standorttypischer Baum-, Strauch- und Krautschicht aus heimischen Arten, unterschiedlichen Altersphasen und Entwicklungsstufen mit einem hohen Anteil von Alt- und Totholz sowie mit lebensraumtypischen Strukturen wie Strandwällen, Flutmulden, Prielen und Watten, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Käfer, Nachtfalter, Vögel und Fledermäuse,
3.  
den Lebensraumtyp „Feuchte Hochstaudenfluren“ als naturnahe, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägte, unbeschattete Uferstaudenflur mit standorttypischer Vegetation und Nährstoffversorgung auf vielfältig strukturierten Standorten in Kontakt zu wertvollen autotypischen Lebensräumen, einschließlich seiner charakteristischen Pflanzen- und Tierarten, insbesondere der Heuschrecken und Vögel,
4.  
die Population des Rapfens mit seinen vorkommenden Lebensphasen in seinen naturnahen Lebensstätten aus Flach- und Tiefwasserbereichen, bei Tidehochwasser überstauten Süßwasserwatten und Stromkanten in enger Verzahnung als durchgängige Wanderstrecke sowie als Nahrungs-, Aufwuchs- und Laichgebiet,
- 5.

die Population der Finte mit ihren vorkommenden Lebensphasen, insbesondere der Larven, in ihren naturnahen, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägten Lebensstätten aus Flach- und Tiefwasserbereichen, bei Tidehochwasser überstauten Süßwasserwatten und Stromkanten in enger Verzahnung als ungehindert erreichbares Nahrungs- und Aufwuchsgebiet,

6.

die Population des Meerneunauges, Flussneunauges und des Lachses mit ihren vorkommenden Lebensphasen in ihren naturnahen Lebensstätten aus Flach- und Tiefwasserbereichen sowie Stromkanten als durchgängige Wanderstrecke,

7.

die Population des prioritären Schierlings-Wasserfenchels mit seinen vorkommenden Lebensphasen aus Adulten, Rosetten und Samen im Boden in seinen Lebensstätten aus naturnahen, von den dynamischen Prozessen der Tideelbe geprägten Tide-Röhrichten, von Prielen durchzogenen süßwasserbeeinflussten Sand- und Schlickwatten, Hochstaudenfluren und Tide-Auwäldern mit einer für die Art geeigneten Bodenbeschaffenheit und Höhenlage als strömungs- und wellenberuhigter Standort, auch für eine ausreichende Vernetzung mit anderen Vorkommen,

zu erhalten. Sofern im Falle der Entwicklung oder Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes neue Lebensstätten für europäisch geschützte Arten oder Flächen für europäisch geschützte Lebensraumtypen entstehen, ist deren Entwicklung vorrangig gegenüber dem Erhalt der dort gegenwärtig vorkommenden Arten und Lebensräume.

(3) Maßnahmen zur Erreichung der Schutzzwecke nach den Absätzen 1 und 2 werden, gegebenenfalls unter weiterer Konkretisierung dieser Schutzzwecke, in Pflege- und Entwicklungsplänen im Sinne von § 10 Absatz 1 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes, in Bewirtschaftungsplänen im Sinne von § 32 Absatz 5 BNatSchG oder in vertraglichen Vereinbarungen festgelegt.

### **§ 3**

#### **Duldung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen**

Folgende Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen der zuständigen Behörde zum Zweck des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind von Eigentümerinnen, Eigentümern und Nutzungsberechtigten zu dulden:

1.

die Herstellung und Erhaltung von tidebeeinflussten Flachwasserzonen, Süßwasserwatten, Prielen, Tide-Röhrichten und Auwäldern im Vorland der Elbe,

2.

das Entfernen nicht gebietstypischer Arten,

3.

die Durchführung von Maßnahmen wie Räumung und Entschlammung zur Pflege der Gewässer,

4.

die Beseitigung von Verunreinigungen und Verunstaltungen der Landschaft.

### **§ 4**

#### **Verbote**

##### **(1) Im Landschaftsschutzgebiet ist es verboten,**

1.

Pflanzen oder einzelne Teile von ihnen abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder sonst zu beschädigen,

2.

wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder sie durch sonstige Handlungen zu stören oder ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder Nester wegzunehmen, zu zerstören oder zu beschädigen,

3.

Pflanzen, Tiere oder andere Organismen anzusiedeln oder auszusetzen,

4.

außerhalb des Vorlands von Overwerder und Overhaken die Jagd auszuüben,

5.

an der Elbe und ihren Seitengewässern im Bereich des Vorlandes von Overwerder und Overhaken, ausgenommen entlang der Stromelbe auf den Flurstücken 33, 52 und 75 der Gemarkung Overhaken sowie entlang der Stromelbe auf dem Flurstück 4451 der Gemarkung Kirchwerder, zu angeln oder sonst Fische zu fangen,

6.

die Wasser- und Wattflächen von Prielen, Röhrichte, Hochstaudenfluren und Auwälder im Vorland von Overwerder und Overhaken, ausgenommen zu Lehrzwecken auf dem Flurstück 108 der Gemarkung Overhaken, zu betreten,

7.

die Landflächen mit Fahrzeugen aller Art zu befahren, diese mitzuführen oder Fahrzeuge aller Art oder Anhänger abzustellen,

8.

brennende oder glimmende Gegenstände wegzuwerfen oder Feuer zu machen,

9.

zu zelten,

10.

mit Ballonen oder sonstigen Luftfahrzeugen zu starten oder zu landen, Feuerwerkskörper, Drachen, Drohnen oder Flugmodelle jeglicher Art fliegen oder Schiffsmodelle auf den Gewässern fahren zu lassen,

11.

den Naturgenuss durch Lärmen, Musizieren, Anbieten von Waren oder auf andere Weise zu stören,

12.

das Gelände durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen,

13.

außerhalb des Vorlands von Overwerder und Overhaken bauliche Anlagen jeglicher Art, Frei- und Rohrleitungen, Einfriedungen sowie Wege, Treppen, Brücken, Stege oder Brunnen zu errichten, anzulegen oder zu verändern,

14.

Aufschüttungen oder Bohrungen vorzunehmen, die Bodengestalt, die Gestalt der Gewässer und ihrer Ufer oder die Watten durch Grabungen, Abbau oder durch Einbringen von Bodenbestandteilen oder auf sonstige Weise zu verändern,

15.

den Wasserhaushalt zu verändern,

16.

Grünland umzubringen, die Grasnarbe zu zerstören sowie die Kulturart zu verändern,

17.

Düngemittel aller Art auszubringen.

## **(2) Von den Verboten des Absatzes 1 gelten nicht:**

1.

die Nummern 1 bis 3, 5 bis 7, 10 bis 17 für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die oder im Einvernehmen mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde,

2.

die Nummern 1, 2, 6, 7, 11 bis 14 für das Betreten, den Betrieb, die Unterhaltung und die Deichverteidigung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen und planfestgestellten privaten Hochwasserschutzanlagen gemäß § 61 des Hamburgischen Wassergesetzes in der Fassung vom 29. März 2005 (HmbGVBl. S. 97), zuletzt geändert am 4. Dezember 2012 (HmbGVBl. S. 510, 519), in der jeweils geltenden Fassung,

3.

die Nummern 1, 2, 6, 7, 11, 12 und 14 für Maßnahmen im Rahmen der Gewässerunterhaltung der Elbe im Sinne der §§ 7 bis 11 des Bundeswasserstraßengesetzes in der Fassung vom 23. Mai 2007 (BGBl. 2007 I S. 963, 2008 I S. 1980), zuletzt geändert am 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 2089), im Sinne des § 39 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert am 29. März 2017 (BGBl. I S. 626, 645), und im Sinne des § 35 des Hamburgischen Wassergesetzes in den jeweils geltenden Fassungen, soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten, sowie für die Gewährleistung der Verkehrssicherheit,

4.

die Nummern 1, 2 und 11 für das Befahren mit Wasserfahrzeugen nach § 5 des Bundeswasserstraßengesetzes sowie nach den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften,

5.

die Nummern 1, 2, 6, 7, 11 und 12 bis 14 für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes sowie für Maßnahmen der Gefahrenabwehr, einschließlich im Rahmen der Ausübung des Wassersports, der Seenotrettung, der Kampfmittelbekämpfung, des Katastrophenschutzes, des Denkmalschutzes und der Unfallbekämpfung,

6.

die Nummern 1 bis 3, 7 bis 9, 11, 13, 14, 16 und 17 für die Nutzung und Instandhaltung von dauerhaft genutzten baulichen Anlagen, ihren Zuwegungen, Hausgärten und Gemeinschaftsanlagen im bisherigen Umfang, soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten,

7.

die Nummern 1, 2, 7 und 11 für den Betrieb des Sportplatzes und dessen Zuwegung auf Teilen des Flurstückes 9771 der Gemarkung Kirchwerder,

8.

die Nummern 1, 2, 7, 11 und 13 für den Betrieb und die Instandhaltung des Schiffsanlegers und dessen Zuwegung auf Teilen des Flurstückes 1316 der Gemarkung Moorwerder,

9.

die Nummern 1, 2, 7, 11 und, soweit gentechnisch nicht veränderte Organismen angesiedelt oder ausgesetzt werden, die Nummer 3 für die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung auf Teilen des Flurstückes 7 der Gemarkung Overhaken, soweit jeweils hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten,

10.

die Nummern 1, 2, 4, 6, 7 und 11 für die ordnungsgemäße Ausübung des Tierschutzes nach § 22a Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes in der Fassung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2850), zuletzt geändert am 23. Mai 2017 (BGBl. I S. 1226, 1227), in der jeweils geltenden Fassung, zur Nachsuche und zum Jagdschutz durch die Jagdausübungsberechtigten,

11.

die Nummern 1 bis 3 für das Angeln oder die Ausübung der Fischerei, ausgenommen mit Stellnetzen,

12.

die Nummern 1, 2, 6, 7, 11, 13 und 14 für den Betrieb und die Unterhaltung von Ver- und Versorgungsleitungen,

13.

die Nummern 1, 2, 7, 11 bis 14 für den Betrieb und die Instandhaltung der Süderelbbrücke,

14.

die Nummern 1 bis 3, 6, 7 und 11 für die mechanische oder biologische Schädlingsbekämpfung mit einheimischen Nematoden durch die für die Gesundheit zuständige Behörde oder für den Pflanzenschutz zuständige Behörde im Einvernehmen mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde, soweit ein Auftreten des Eichenprozessionsspinner zu einer gesundheitlichen Gefährdung der Bevölkerung führen könnte und soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten.

## § 5

### Genehmigungen

(1) Handlungen oder Maßnahmen im Landschaftsschutzgebiet, die geeignet sein können, den Charakter des Gebiets zu verändern oder dem Schutzzweck zuwiderzulaufen, bedürfen, soweit sie nicht nach § 4 Absatz 1 verboten sind und soweit nicht weitergehende Bestimmungen vorliegen, der vorherigen Genehmigung durch die zuständige Behörde. Dies gilt insbesondere

1

im Vorland von Overwerder und Overhaken für die Errichtung oder äußerliche Veränderung von baulichen Anlagen aller Art, Frei- und Rohrleitungen, Einfriedungen sowie von Wegen, Treppen, Brücken, Stegen oder Brunnen, auch wenn die Maßnahme keiner baurechtlichen Genehmigung oder Zustimmung bedarf oder nur vorübergehender Art ist,

2.

für das Aufstellen nicht ortsfester Verkaufseinrichtungen jeglicher Art,

3.

für das Anbringen von Bild- und Schrifftafeln, soweit sie nicht als behördliche Hinweise, Hausnummernschilder oder Schifffahrtszeichen dienen,

4.

für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, soweit Kreuzkraut-Arten der Gattung Senecio oder andere die Grünlandbewirtschaftung oder Grünflächenpflege gefährdende Arten vorkommen und eine manuelle oder mechanische Entfernung nicht zumutbar oder nicht praktikabel ist und insofern eine Horst- oder Einzelpflanzenbehandlung angezeigt ist,

5.

für die Ausübung der Jagd im Vorland von Overwerder und Overhaken, soweit durch Schalenwild eine gesteigerte Gefährdung des Straßenverkehrs oder eine betriebliche Härte bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzung außerhalb des Schutzgebietes vorliegt und soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten.

(2) Die Genehmigung wird erteilt, wenn die Auswirkungen der beantragten Maßnahme oder Handlung den Charakter des Landschaftsschutzgebietes nicht verändern und dem Schutzzweck und den Erhaltungszielen nach § 2 nicht zuwiderlaufen.

(3) Die Genehmigungspflicht nach Absatz 1 gilt nicht für Satz 2

1.

Nummer 1, soweit ausschließlich Einfriedungen vorgenommen werden, für die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung auf Teilen des Flurstückes 7 der Gemarkung Overhaken, soweit hierdurch keine Veränderungen oder Störungen ausgelöst werden, die den Schutzzweck und die Erhaltungsziele nach § 2 erheblich beeinträchtigen könnten,

2. Nummer 1 für das Betreten, den Betrieb, die Unterhaltung und die Deichverteidigung der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen,
3. Nummer 1 für das Betreten, den Betrieb und die Unterhaltung der Betriebsanlagen der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes,
4. Nummern 1 und 3 für den Betrieb und die Unterhaltung von Ver- und Entsorgungsleitungen,
5. Nummern 1 und 4 für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege durch die oder im Einvernehmen mit der für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörde,
6. Nummer 5 für die ordnungsgemäße Ausübung des Tierschutzes nach § 22a Absatz 1 des Bundesjagdgesetzes zur Nachsuche und zum Jagdschutz durch die Jagdausübungsberechtigten.

## **LSG Wilhelmsburger Elbinsel** (Gebietsnummer HH-2050)

### **Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet Wilhelmsburger Elbinsel**

**Vom 28. Januar 2014**

*Zum 25.09.2024 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe*

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: § 7 neu gefasst durch Verordnung vom 12. Oktober 2021 (HmbGVBl. S. 702)

Auf Grund von § 10 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 11. Mai 2010 (HmbGVBl. S. 350, 402), zuletzt geändert am 2. Dezember 2013 (HmbGVBl. S. 484), in Verbindung mit § 26 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert am 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3159, 3185), wird verordnet:

#### **§ 1**

##### **Landschaftsschutzgebiet**

(1) Die in der Landschaftsschutzkarte grün eingezeichneten, in den Gemarkungen Moorwerder und Wilhelmsburg belegenen Flächen werden zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

(2) Die Landschaftsschutzkarte ist Teil dieser Verordnung. Ihr maßgebliches Stück ist beim Staatsarchiv, je eine Ausfertigung bei der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (Abteilung Naturschutz) und beim Bezirksamt Hamburg-Mitte zur kostenfreien Einsicht durch jedermann niedergelegt.

#### **§ 2**

##### **Schutzzweck**

Zweck der Unterschutzstellung ist es,

1. die großräumige durch Eindeichung entstandene Marschenlandschaft der Wilhelmsburger Elbinsel, die geprägt wird durch
  - a) Grünland, Feuchtgrünland, Nasswiesen sowie Acker- und Gartenbauland,
  - b) ein umfangreiches System aus Wettern, Gräben und Grüppen, Bracks und sonstigen Gewässern,
  - c) Erlenbrüche, Auwaldreste, Baumreihen, Feldgehölze, frei wachsende Hecken, Gebüsche und Einzelbäume,
  - d)

die zur Kulturlandschaft gehörenden Deiche mit ihrer landschaftstypischen Bebauung an den Altdeichen,

e)

großräumig unbebaute Flächen im Kernbereich des Gebietes,

2.

die Wilhelmsburger Dove Elbe mit ihren Ufer begleitenden Gehölzbeständen, Röhrichten, den angrenzenden Gras- und Staudenfluren und dem Gartenbauland sowie

3.

die Stromelbe mit den periodisch überfluteten Vordeichsflächen mit Röhrichten, Feuchtgebüsch und Hochstaudenfluren

wegen

1.

ihrer besonderen Bedeutung für die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, insbesondere wegen der das Gebiet prägenden Wettern und Gräben, die Grund- und Stauwasser beeinflussten Marschenböden, die ausgleichende stadtklimatische Wirkung, der nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Flächen sowie als Lebensstätte und Lebensraum für Wiesenvögel, Amphibien, Fische und Insekten,

2.

der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft und der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Marschenlandschaft,

3.

ihrer besonderen Bedeutung für die naturnahe Erholung zu erhalten und zu entwickeln.

### **§ 3**

#### **Gebote**

Im Landschaftsschutzgebiet ist es geboten,

1.

ortsfeste Weidezäune in offener Bauweise mit Drahtbespannung und nicht höher als 1,40 m auszuführen, soweit es sich nicht um Weidezäune auf dem Deichgrund oder daran anschließend sowie um Elektrozüne handelt,

2.

an Gehölzen befestigte Zäune und Zaunteile von diesen zu entfernen.

### **§ 4**

#### **Duldung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen**

Folgende Maßnahmen der zuständigen Behörde zum Zwecke des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind von den Eigentümerinnen, Eigentümern und Nutzungsberechtigten zu dulden:

1.

Freihaltung nicht bewirtschafteter Grünland- und Brachflächen von Gehölzaufwuchs,

2.

Entfernung oder Auf-den-Stock-setzen von Gehölzen insbesondere entlang der Gräben, soweit dies zum Schutze der Wiesenvögel erforderlich ist,

3.

Beseitigung von Verunreinigungen und Verunstaltungen der Landschaft.

### **§ 5**

#### **Verbote**

**(1) Im Landschaftsschutzgebiet ist es verboten,**

1.

auf der Fläche nördlich der in der Landschaftsschutzkarte in roter Farbe dargestellten Linie sowie in den Teilgebieten an der Kornweide und westlich der Bundesautobahn A1 bauliche

Anlagen zu errichten, anzulegen oder zu erweitern, auch wenn die Maßnahme keiner baurechtlichen Genehmigung oder Zustimmung bedarf oder nur vorübergehender Art ist,

2.

auf den in der Landschaftsschutzkarte durch Schraffur besonders gekennzeichneten Flächen Grünland umzubrechen, auch zum Zwecke der Neuansaat,

3.

natürliche Gewässer und Feuchtgebiete aller Art wie Tümpel, Teiche, Bracks, nasse Senken, Röhrichte und Rieder zu beschädigen, zu verändern, auszutrocknen oder zu beseitigen,

4.

wild lebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder zu ihrem Fang geeignete Vorrichtungen anzubringen, ihre Eier, Larven, Puppen oder sonstige Entwicklungsformen oder ihre Bauten und Brutstätten zu zerstören oder zu beschädigen,

5.

außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Fahrwege und Plätze sowie von Wohngrundstücken mit Kraftfahrzeugen zu fahren oder diese oder Anhänger dort abzustellen,

6.

das Gelände durch Abfälle, Abwässer oder auf sonstige Weise zu verunreinigen oder stillgelegte Kraftfahrzeuge, Anhänger oder Teile derselben außerhalb der Hausgrundstücke abzustellen.

## **(2) Von den Verboten des Absatzes 1 gelten nicht:**

1.

Nummer 1 für Vorhaben, die den Festsetzungen eines Bebauungsplans entsprechen oder gemäß § 34 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), in der jeweils geltenden Fassung innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile zulässig sind, für landwirtschaftliche Nutzgebäude, insbesondere Gewächshäuser, Tierunterstände und vorübergehend aufgestellte Verkaufsstände, sowie für die Umrüstung bestehender Abwassersammelgruben hin zu vollbiologischen Kleinkläranlagen,

2.

Nummern 1 bis 5 für die Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Denkmalpflege,

3.

Nummern 1 und 3 bis 5 für die zur Unterhaltung, Sicherung und Verstärkung der Hochwasserschutzeinrichtungen notwendigen Maßnahmen,

4.

Nummern 4 und 5 für die garten-, land- und forstwirtschaftliche Nutzung entsprechend der guten fachlichen Praxis,

5.

Nummern 3, 4 und 5 für Maßnahmen der Gewässerunterhaltung, soweit sie die Belange des Naturhaushaltes und der Landschaft berücksichtigen,

6.

Nummer 5 für Maßnahmen zur Unterhaltung von Messanlagen zur Überwachung des Wasserhaushaltes sowie für durch die zuständige Behörde im Rahmen der Gewässeraufsicht angeordnete Maßnahmen,

7.

Nummer 5 für die erforderlichen Maßnahmen zur Unterhaltung und zur Sicherung bestehender Verkehrsanlagen, Wege sowie Ver- und Entsorgungsleitungen,

8.

Nummern 4 und 5 für die rechtmäßige Ausübung der Jagd und Fischerei sowie für die erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Wanderratte aus Gründen der

Seuchenhygiene und der Bisamratte aus Gründen der Deichsicherheit durch die zur Bekämpfung Verpflichteten,

9.

Nummern 1 und 3 bis 5 für die erforderlichen Maßnahmen zur Wasserstandsregulierung im Rahmen des Be- und Entwässerungssystems, sofern dies für die bisher übliche landwirtschaftliche Nutzung notwendig ist, sowie für die wasserrechtlich zulässigen Gewässernutzungen und für bergbaurechtlich zulässige Tätigkeiten,

10.

Nummern 1 bis 5 für die Anlage von baulichen Anlagen zur Herstellung einer Verbindungsstraße von der Bundesautobahn A7 zur Bundesautobahn A1 (Hafenquerspange).

## **§ 6**

### **Genehmigungen**

(1) Handlungen oder Maßnahmen im Landschaftsschutzgebiet, die geeignet sind, den Charakter des Gebiets zu verändern oder dem Schutzzweck zuwiderzulaufen, bedürfen, soweit sie nicht nach § 5 Absatz 1 verboten sind und soweit nicht weitergehende Bestimmungen vorliegen, der vorherigen Genehmigung durch die zuständige Behörde. Dies gilt insbesondere

1.

für die Errichtung, Erweiterung oder äußerliche Veränderung baulicher Anlagen aller Art, auch wenn die Maßnahme keiner baurechtlichen Genehmigung oder Zustimmung bedarf oder nur vorübergehender Art ist,

2.

für das Aufstellen nicht ortsfester Verkaufseinrichtungen jeglicher Art,

3.

für das Anbringen von Bild- und Schrifftafeln, soweit sie nicht als behördliche Wege- oder Ortshinweise, Hausnummernschilder oder Schifffahrtszeichen dienen,

4.

für das Beschädigen, Verändern, Austrocknen oder Beseitigen von Gräben oder Grütten,

5.

für das Abschneiden, Abpflücken, Aus- oder Abreißen, Ausgraben, Entfernen oder sonstige Beschädigen von Pflanzen (Gehölze) oder einzelner Teile von ihnen außerhalb von Hausgärten oder Hofstellen, ausgenommen für die pflegliche Entnahme wild lebender Blumen, Gräser, Farne, Früchte, Pilze, Tee- und Heilkräuter sowie Zweige wild lebender Pflanzen aus der Natur an Stellen, die keinem Betretungsverbot unterliegen, in geringen Mengen für den persönlichen Bedarf,

6.

für das Abbauen von Bodenbestandteilen, die Vornahme von Abgrabungen oder Auffüllungen, Bodenabdeckungen oder sonstigen Veränderungen der Bodengestalt,

7.

für die Anlage von neuen Straßen oder Wegen,

8.

für das Zelten außerhalb von Hausgrundstücken sowie das Aufstellen von Wohnwagen oder anderer für den Aufenthalt geeigneter Fahrzeuge,

9.

für das Ausbauen von Gräben und Drainagen zur Binnenentwässerung von Feucht- und Nassgrünland,

10.

für das Entzünden von Feuer im Freien außerhalb dafür vorgesehener Einrichtungen,

11.

für die Störung der Ruhe oder des Naturgenusses durch Lärmen oder auf sonstige Weise,

12.

für die Anlage von Weihnachtsbaumkulturen, Baumschulpflanzungen oder Kurzumtriebsplantagen.

(2) Die Genehmigung wird erteilt, wenn die Auswirkungen der beantragten Maßnahme oder Handlung den Charakter des Landschaftsschutzgebietes nicht verändern und dem Schutzzweck nicht zuwiderlaufen oder wenn durch Auflagen und Bedingungen der Genehmigung sichergestellt werden kann, dass durch Maßnahmen erhaltender oder gestaltender Landschaftspflege die Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzes in angemessener Frist ausgeglichen werden.

(3) Die Genehmigungspflicht nach Absatz 1 gilt nicht für Satz 2

1.

Nummer 1 für landwirtschaftliche Zwecke dienende bauliche Anlagen auf Flächen südlich der in der Landschaftsschutzkarte in roter Farbe dargestellten Linie, soweit sie keiner baurechtlichen Genehmigung bedürfen,

2.

Nummern 1 und 3 bis 7 für die zur Unterhaltung, Sicherung und Verstärkung der Hochwasserschutzeinrichtungen notwendigen Maßnahmen; die Vorschriften der Deichordnung bleiben unberührt,

3.

Nummern 5 und 6 sowie 10 und 11 für die garten-, land- und forstwirtschaftliche Nutzung entsprechend der guten fachlichen Praxis,

4.

Nummern 3 bis 6, 9 und 11 für die Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege,

5.

Nummern 1, 3 bis 9 und 11 für die Anlage von baulichen Anlagen zur Herstellung einer Verbindungsstraße von der Bundesautobahn A7 zur Bundesautobahn A1 (Hafenquerspange).

## **§ 7**

### **Entwicklung von Tidelebensräumen**

Die Verbote und Genehmigungspflichten gelten nicht für Maßnahmen, die

1.

der Verwirklichung eines tidebeeinflussten Flachwassergebietes im Bereich Spadenländer Busch/Kreetsand,

2.

der Verwirklichung von tidebeeinflussten Vorlandbiotopen und der dafür erforderlichen Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Bereich Ellerholz dienen.